

Feindschaft gegenüber Juden, weil sie Juden sind

Maßnahmen wurden bundesweit etwa durch das Verbot des „Kalifatsstaats“ oder das Betätigungsverbot

Die Idee einer politischen und ökonomischen Weltverschwörung der Juden findet sich bis heute auch in zahlreichen Artikeln der „Milli Gazete“. Hierin werden wiederholt Juden und Freimaurer sowie ihre so genannten Verbündeten für das Übel auf der Welt verantwortlich gemacht.

die These der jüdisch-amerikanischen Verschwörung der „Ostküste“

Antisemitismus im extremistischen Spektrum Berlins

antisemitische Äußerungen dienen als Verständigungscode

Spektrum der Akteure:

Es reicht beim Rechtsextremismus von den Revisionisten mit ihren Publikationen über neonazistische Kameradschaftsnetzwerke, rechtsextremistische Musikbands bis zu den rechtsextremistischen Parteien

MILITANTE VERSTÄNDNIS DES
JIHAD IST DER VON USAMA BIN
LADIN MITUNTERZEICHNETE
ANFÜHRER DER ISLAMISCHEN
WELTFRONT FÜR DEN JIHAD
GEGEN JUDEN UND
KREUZZÜGLER“ VON 1998, DER
SICH – INSBESONDERE VOR DEM
HINTERGRUND DER
TERRORANSCHLÄGE

Antisemitismus gehört zum Kernbestand aller rechtsextremistischen Strömungen

Ein Konglomerat von ehemaligen „Anti-Imperialisten“ und orthodoxen Kräften hält Israel für die imperialistische Speerspitze der Vereinigten Staaten im Nahen Osten. Mittels Rüstungshilfe aus den USA sei Israel ein Vorposten des Kapitalismus in einer ansonsten noch nicht von der Marktwirtschaft degenerierten arabischen Gesellschaft.

Im Fokus

Antisemitismus
im extremistischen Spektrum
Berlins

Herausgeber: Senatsverwaltung für Inneres und Sport, Abteilung Verfassungsschutz
Anschrift: Postfach 62 05 60, 10795 Berlin
Telefon: (030) 90 129-0
Fax: (030) 90 129-844
Internet: www.verfassungsschutz-berlin.de
E-Mail: info@verfassungsschutz-berlin.de
Druck: MercedesDruck, Berlin
Erstauflage: September 2004
Redaktionsschluss: November 2006
2. überarbeitete Auflage: Dezember 2006

Abdruck gegen Quellenangabe gestattet, Belegexemplar erbeten.

VORWORT



Antisemitismus ist ein verbreitetes Phänomen. Wer dem Antisemitismus anhängt, lässt davon nicht ohne weiteres wieder ab. Deshalb versuchen Politik, Wissenschaft, Schulen und unterschiedlichste Initiativen durch Aufklärung dafür zu sorgen, dass diese menschenverachtende Einstellung möglichst wenig Chancen hat, Fuß zu fassen. Denn schließlich ist Antisemitismus die Ablehnung oder der Hass gegen Juden, nur weil sie Juden sind.

Als im April des Jahres 2004 die „Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ (OSZE) eine Konferenz in Berlin zum Thema Antisemitismus abhielt und im Schlussbericht alle unterzeichnenden Staaten aufforderte, verlässliche Informationen über Antisemitismus öffentlich zugänglich zu machen, haben wir das sehr ernst genommen. Die Senatsverwaltung für Inneres Berlin wollte mit der noch im selben Jahr herausgegebenen Broschüre einen Überblick bieten, welche Rolle der Antisemitismus in den verschiedenen Extremismusbereichen spielt. Seit dem ist das Problem keineswegs aus unserer Gesellschaft verschwunden. Die zweite, überarbeitete Auflage der Publikation belegt die anhaltende Virulenz des Themas.

Zunächst denkt man zwangsläufig an den Rechtsextremismus, bei dem der Antisemitismus eine Art „Kitt“ im diffusen Gefüge der ideologischen Verworrenheit bildet. Aber auch im Islamismus spielt das Feindbild „des Juden“ eine zentrale Rolle. Hier mischen sich Versatzstücke des Antisemitismus mit antizionistischen Elementen, wobei dem Staat Israel prinzipiell das Existenzrecht abgesprochen wird. Selbst im Linksextremismus, der sich insbesondere über den Antifaschismus definiert, finden sich Ansätze von Antizionismus und Antisemitismus. Dieses äußert sich vorwiegend über eine verkürzte Kapitalismuskritik, bei der Israel als „imperialistischer“ Staat im Nahen Osten abgelehnt wird.

Ziel der Broschüre ist es, die Bedeutung des Antisemitismus im extremistischen Spektrum Berlins zu beleuchten. Der Verfassungsschutz untersucht dies gemäß seinem gesetzlichen Auftrag. Damit ist auch die Grenze des Möglichen aufgezeigt. Stammtischparolen, Nachbarschaftsgetuschel, Judenswitze am Arbeitsplatz oder auf dem Schulhof werden vom Verfassungsschutz nicht erfasst. Hier sind wir alle gefragt, mit Zivilcourage den Anfängen zu wehren und uns zu erheben, wenn Menschen wegen ihrer Religion oder Herkunft beschimpft oder gar angegriffen werden.

Berlin, im November 2006

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Dr. Ehrhart Körting'.

Dr. Ehrhart Körting

Senator für Inneres und Sport

INHALTSVERZEICHNIS

VORWORT	3
INHALTSVERZEICHNIS	4
1 Einleitung	6
2 Rechtsextremismus	9
2.1 Akteure	9
2.1.1 Diskursorientierter Rechtsextremismus	9
2.1.2 Aktionsorientierter Rechtsextremismus	11
2.1.3 Parlamentsorientierter Rechtsextremismus	12
2.2 Inhalte	13
2.2.1 Konstruktion eines Gegensatzes zwischen „Deutsch-Sein“ und Judentum	13
2.2.2 Holocaust-Leugnung und Holocaust-Relativierung	14
2.2.3 Vorwurf der Instrumentalisierung des Holocaust-Gedenkens	15
2.2.4 Weltverschwörungstheorie 1: Einfluss von Juden auf die amerikanische/ deutsche Politik	16
2.2.5 Weltverschwörungstheorie 2: Globalisierung als „jüdische Welteroberungsstrategie“	17
2.2.6 Vernichtung des Judentums	17
3 Ausländerextremismus	19
3.1 Akteure	19
3.1.1 Arabische Islamisten	20
3.1.2 Türkische Islamisten	24
3.2 Inhalte	27
3.2.1 Konstruktion eines Gegensatzes „Westen“ – Islam	27
3.2.2 Weltverschwörungstheorien	27

3.2.3	Mythos der „Verschwörung gegen den Islam“	28
3.2.4	Topos „Raub Palästinas“	30
3.2.5	Vernichtung Israels und der Juden.....	31
4	Linksextremismus.....	33
4.1	Akteure.....	33
4.1.1	Anti-Deutsche und Antifa.....	33
4.1.2	Antiimperialisten.....	34
4.2	Inhalte.....	35
4.2.1	Nahost-Konflikt: Anti-palästinensische Position	35
4.2.2	Nahost-Konflikt: Pro-palästinensische Position.....	37
5	Funktionen des Antisemitismus.....	39
5.1	Integrationsfunktion.....	39
5.1.1	Verständigungscode nach innen.....	39
5.1.2	Abgrenzung nach außen	40
5.2	Dissoziationsfunktion	40
5.3	Sündenbock-Funktion.....	41
5.4	Vereinfachungsfunktion	42
6	Auf dem Wege zu einer antisemitischen Querfront?	44
6.1	Querfront-Propaganda.....	44
6.2	Hindernisse.....	45
7	Gegenmaßnahmen.....	47
8	Annex: Antisemitische Straftaten in Berlin 2003 - 2005.....	50
8.1	Politisch motivierte Kriminalität im Überblick	50
8.2	Antisemitische und antiisraelische Gewaltdelinquenz.....	52
9	Literaturverzeichnis	54

1 EINLEITUNG

In den letzten Jahren reihten sich Debatten um den Antisemitismus fast nahtlos aneinander und sind mit Stichworten wie „Walser-Debatte“, „Karsli-Möllemann-Debatte“, „Friedman-Skandal“ oder „Hohmann-Äußerungen“ verbunden. Aber nicht nur in Deutschland, auch in anderen europäischen Ländern, in Israel und den USA sind Antisemitismus und Antizionismus seit Beginn der so genannten zweiten Intifada im September 2000 und angeheizt durch die kriegerischen Auseinandersetzungen im Libanon im Jahr 2006 ein wichtiges Thema in der Öffentlichkeit.

Ausdruck dieses öffentlichen Interesses sind Studien wie die des „European Monitoring Center on Racism and Xenophobia“ (EUMC) oder die Antisemitismus-Konferenz der „Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ (OSZE) im April 2004 in Berlin. Im Abschluss-Communiqué der OSZE-Konferenz einigten sich die Mitgliedsstaaten der OSZE auf einen Aktionsplan gegen Antisemitismus. Diese „Berliner Erklärung“ verpflichtet die unterzeichnenden Staaten

„verlässliche Informationen und Statistiken über antisemitisch motivierte Straftaten und andere Hassdelikte, die in ihrem Hoheitsgebiet begangen werden, zusammenzutragen und auf den neuesten Stand zu halten, diese Informationen regelmäßig (...) öffentlich zugänglich zu machen“.¹

In diesem Sinne zeichnet die vorliegende Publikation ein aktuelles Bild antisemitischer Propaganda und Straftaten im extremistischen Spektrum Berlins. Analysiert wurden im Rahmen des gesetzlichen Auftrags des Verfassungsschutzes die politischen Positionierungen und das Handeln extremistischer Gruppierungen, nicht aber antisemitische Einstellungsmuster und ihre gesamtgesellschaftliche Verbreitung und Relevanz.

Ziel ist, die Akteure in den einzelnen Extremismusfeldern sowie die vorhandenen antisemitischen Themen und Argumentationsschemata aufzuzeigen. Der Antisemitismus beinhaltet eine Kette von Vorurteilen und verschwörungstheoretisch motivierten Folgeannahmen. Das Nachzeichnen dieser Denkmuster im extremistischen Spektrum sensibilisiert für antisemitische Inhalte.

Die Analyse orientiert sich an folgenden Fragen:

1. Welche Ausformungen hinsichtlich der Akteure und Inhalte nimmt der Antisemitismus bzw. Antizionismus im extremistischen Spektrum an (Kap. 2 bis 4)?
2. Welche Funktionen hat der Antisemitismus im extremistischen Spektrum (Kap. 5)?
3. Droht das Risiko einer über die Grenzen der einzelnen Beobachtungsfelder hinausgehenden Zusammenarbeit von Extremisten im Sinne einer gemeinsamen antisemitischen bzw. antizionistischen Agenda (Kap. 6)?

Eine allgemein anerkannte Definition des Antisemitismus gibt es nicht. Die Frage, wie Antisemitismus definiert werden kann, ist selbst Teil der Debatte über den Antisemitismus. Wie stehen die Phänomene Antisemitismus und Antizionismus zu einander?² Kann man Antizionist sein, ohne

¹ OSZE: Berliner Erklärung vom 29. April 2004 (www.osce.org/documents/cio/2004/04/2828_en.pdf).

² Vgl. Werner Bergmann/Juliane Wetzel (2003): Manifestations Of Anti-Semitism in the European Union. Synthesis Report On Behalf Of the EUMC. Wien, S. 20 ff.

Antisemit zu sein? Ein sinnvoller Ausgangspunkt ist die von dem britischen Wissenschaftler Brian Klug vorgeschlagene *Definition des Antisemitismus als „Hostility towards Jews as Jews“, also als Feindschaft gegenüber Juden, weil sie Juden sind.*³

In Abgrenzung zum Antisemitismus kann der Antizionismus im engeren Sinne als Feindschaft gegenüber dem Konzept des gegen Ende des 19. Jahrhunderts aufkommenden Zionismus, also der Vorstellung eines unabhängigen jüdischen Staates definiert werden. Im Gegensatz zum Antisemitismus liegt dem Antizionismus kein rassistisches Weltbild zugrunde, sondern eine Gegnerschaft zum Staat Israel. Antisemitische Positionen sind wegen ihres rassistischen Kerns und der Missachtung der Menschenwürde immer extremistisch. Gleiches gilt für den Antizionismus nicht: Antizionistische Positionen sind erst dann als extremistisch zu bewerten, wenn entweder antisemitische Stereotype einfließen (antisemitisch konnotierter Antizionismus) und/oder die Vernichtung des Staates Israels propagiert wird (eliminatorischer Antizionismus).⁴

Beim Antisemitismus und Antizionismus handelt es sich demnach um unabhängige Variablen, die ohne die jeweils andere denkbar und empirisch vorfindbar sind: Nicht jede antizionistische Position ist antisemitisch.⁵ Gleichwohl gibt es in der Realität zahlreiche Vermischungen. Einige Extremisten versuchen, ihre antisemitischen Positionen zu tarnen. Insbesondere das rechtsextremistische Lager beansprucht das Recht auf Israel-Kritik, um antisemitische Stereotype in den öffentlichen Diskurs einzuspeisen.⁶ Andere Extremisten vertreten Positionen, die hauptsächlich antizionistisch motiviert sind, aber starke antisemitische Stereotype enthalten. Das gilt vor allem für Teile des Islamismus, in den seit den 40er Jahren des 20. Jahrhunderts ein seiner Wurzel nach europäischer Antisemitismus einfließt. Entscheidend für die Bewertung einer Aussage als antisemitisch ist letztendlich die Frage, ob der Staat Israel mit den selben Stereotypen belegt wird wie „der“ einzelne Jude.⁷

Zum Abschluss der Studie werden Gegenmaßnahmen aufgezeigt. Die Analysen veranschaulichen das Spektrum der Akteure: Es reicht beim Rechtsextremismus von den Revisionisten mit ihren Publikationen über das neonazistische Kameradschaftsnetzwerk, rechtsextremistische Musikbands bis zu den rechtsextremistischen Parteien. Bei den Ausländerextremisten sind es internationale Organisationen wie die „Mujahidin-Netzwerke“, „Hizb al-Tahrir al-islami“ (HuT) oder der „Kalifatsstaat“ (ICCB). Im Linksextremismus sind lediglich vereinzelt Anzeichen für antisemitische Positionen feststellbar.

³ Brian Klug (2003): *The Collective Jew: Israel and the New Antisemitism*. In: *Patterns of Prejudice* 37,2, S. 5. Die gleiche Kernaussage trifft – wesentlich komplizierter – auch Helen Fein: „Antisemitism is a persisting latent structure of hostile beliefs towards Jews as a collective manifested in individuals as attitudes, and in culture as myth, ideology, folklore and imagery, and in actions – social or legal discrimination, political mobilisation against the Jews, and collective or state violence – which results in and/or is designed to distance, displace, or destroy Jews as Jews.“ Helen Fein (1987): *Dimensions of Antisemitism: Attitudes, Collective Accusations and Actions*. In: Dies. (Hg.): *The Persisting Question. Sociological Perspectives and Social Contexts of Modern Antisemitism*. New York, S. 67. Vgl. auch Armin Pfahl-Traughber: *Antisemitismus in der deutschen Geschichte*. Berlin 2002, S. 9.

⁴ Vgl. Klug (2003), S. 12.

⁵ Vgl. Klug (2003), S. 11.

⁶ Vgl. Lothar Mertens (1995): *Antizionismus: Feindschaft gegen Israel als neue Form des Antisemitismus*. In: Wolfgang Benz (Hg.): *Antisemitismus in Deutschland. Zur Aktualität eines Vorurteils*. München, S. 89 - 100.

⁷ Vgl. Klug (2003): „Does it ever turn the Jewish state into a ‘Jewish’ state? Does it, as it were, pin a yellow star on to the state of Israel? Does it project on to the state, explicitly or otherwise, those traits that make up the classical stereotype of the ‘Jew’? If and when it does, the it is a form of antisemitism. If not, it is not.“, S. 7.

Hier ist differenziertes Handeln mit präventiven und repressiven Maßnahmen gefordert. Das Land Berlin hat mit dem „10-Punkte-Programm gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“⁸ einen Leitfaden für die ressortübergreifende Arbeit formuliert und die Landeskommision gegen Gewalt mit der Koordinierung beauftragt. Maßnahmen wurden bundesweit etwa durch das Verbot des „Kalifatsstaats“ oder das Betätigungsverbot für die „Hizb al-Tahir al-Islami“ ergriffen; für Berlin sind insbesondere die Verbote der rechtsextremistischen Kameradschaften „Kameradschaft Tor Berlin“ (KTB) und „Berliner Alternative Süd-Ost“ (BASO) im März 2005 sowie der hohe Verfolgungsdruck und die Prozesse gegen rechtsextremistische Musikbands zu nennen. Die Analyse des Antisemitismus trägt mit den vorliegenden Ergebnissen zur Entwicklung zukünftiger Maßnahmen und Gegenstrategien bei.

⁸ Der Regierende Bürgermeister von Berlin: Senatsbeschluss Nr. 537/00 vom 12. September 2000.

2 RECHTSEXTREMISMUS

2.1 Akteure

Antisemitische Positionen werden im gesamten rechtsextremistischen Spektrum vertreten. In Berlin gibt es keine sich in der Öffentlichkeit in schriftlicher oder mündlicher Form äußernde rechtsextremistische Gruppierung, die nicht antisemitische Positionen vertritt. Gleichzeitig bestehen aber Unterschiede hinsichtlich des Umfangs und der Radikalität der Aussagen.

2.1.1 Diskursorientierter Rechtsextremismus

In der antisemitischen Agitation nehmen diskursorientierte Rechtsextremisten⁹ eine herausgehobene Position ein. Vor allem das international agierende Netzwerk der Revisionisten spielte bislang eine wichtige Rolle. „Revisionismus“ ist eine Sammelbezeichnung für „politisch motivierte Umdeutungen durch einseitige, leugnende, relativierende oder verharmlosende Darstellungen der Zeit des Dritten Reiches“¹⁰. Revisionisten benutzen pseudowissenschaftliche Argumente, um ihre rechtsextremistischen Positionen zu rechtfertigen und moralisch zu entlasten. In Berlin wird der Revisionismus maßgeblich von Horst Mahler getragen. Zur Verbreitung seiner Thesen nutzt Mahler Vereinigungen wie das „Deutsche Kolleg“ (DK) und den „Verein zur Rehabilitierung der wegen Bestreitens des Holocaust Verfolgten“ (VRBHV).¹¹ Seine Agitation richtet sich gegen die Darstellung des Holocausts in der Öffentlichkeit, den er für nicht belegbar hält:

„Die Holocaustreligion ist Seelenmord am deutschen Volk. Wir nehmen dieses Verbrechen an uns, unseren Kindern und Kindeskindern nicht länger hin! (...) Das Deutsche Reich hatte zu keinem Zeitpunkt die Gelegenheit, sich gegen den ungeheuerlichen Vorwurf des industriellen Mordes an sechs Millionen Juden, für den es keine objektiven Beweise gibt, zu verteidigen.“¹²

Als ideologische Grundlage für eine vom VRBHV ausgemachte Fremdherrschaft der Bundesrepublik durch die Juden diene die so genannte „Ausschwitzlüge“. Ein Aufbegehren gegen diese Lüge sei zugleich ein Aufbegehren gegen das gesamte politische System. Ziel sei es deswegen

„endlich den Allgemeinen Volksaufstand zur Wiedererlangung der Handlungsfähigkeit des Deutschen Reiches durch einen organisierten und geordneten Angriff auf die Auschwitzlüge als dem Fundament der Fremdherrschaft über das Deutsche Volk zu beginnen.“¹³

Mahler wurde 2004 wegen Volksverhetzung (§ 130 StGB) vor dem Landgericht Berlin angeklagt und im Januar 2005 zu einer neunmonatigen Haftstrafe verurteilt, die er im November 2006 angetreten

⁹ Vgl. zur Unterscheidung zwischen den drei Risikofeldern im Rechtsextremismus Senatsverwaltung für Inneres (2004a): Rechtsextremistische Skinheads. Berlin (Studienreihe Im Fokus), S. 71 ff.

¹⁰ Armin Pfahl-Traughber (2000): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. 2. Aufl. München, S. 47.

¹¹ Vgl. zum DK und zum VRBHV Senatsverwaltung für Inneres (2006): Verfassungsschutzbericht 2005, Berlin, S. 228 ff und S. 240 ff.

¹² Horst Mahler: Aufstand für die Wahrheit. Internetauftritt des VRBHV, Aufruf am 22. August 2006.

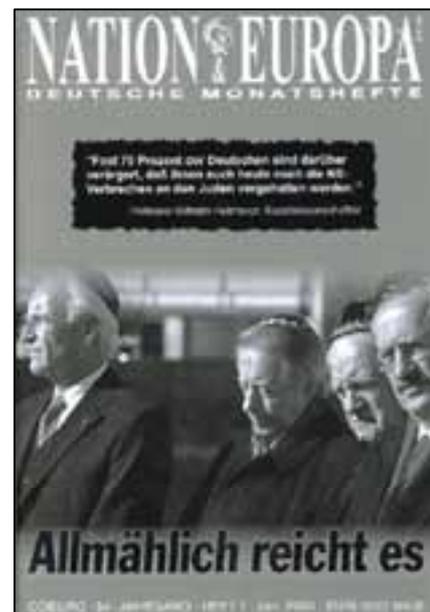
¹³ Internetauftritt des VRBHV, Aufruf am 9. März 2004.

hat. Dieses Verfahren sowie Inhaftierungen und Verurteilungen von anderen Revisionisten trugen maßgeblich zu einer Schwächung der Revisionistenszene bei.¹⁴

Daneben tritt in Berlin vor allem der „Kampfbund Deutscher Sozialisten“ (KDS) mit revisionistischen Themen in Erscheinung, allerdings nimmt die antisemitische Agitation dabei keinen dominierenden Platz ein. So beschäftigen sich die vom KDS als theoretische Grundlagendokumente formulierten „Grundsätze“ vereinzelt mit revisionistischen Positionen; im Zusammenhang mit der Agitation gegen die „One-World-Gesellschaft“ werden auch antisemitische Stereotype genutzt.¹⁵

Neben diesen Gruppierungen kommt einzelnen Publikationsprojekten und Zeitschriften, die nicht an Personenzusammenschlüsse gebunden sind, eine wichtige Funktion zu. Dazu gehört vor allem die monatlich erscheinende Zeitschrift „Nation & Europa“ (N & E).¹⁶ N & E agitiert gegen einen „EU-Vielvölkerstaat“, den „Ausverkauf nationaler Lebensinteressen“ und die „multikulturelle Zerstörung der Volksidentität durch Masseneinwanderung und Asylmissbrauch“.¹⁷ Sie besetzt damit traditionelle rechtsextremistische Themenfelder und verbreitet Überfremdungsängste in Bezug auf die europäische Einigung und die Globalisierung. In diesem Zusammenhang spielen auch antisemitische Stereotype eine wichtige Rolle.¹⁸ Im Vergleich zum DK und dem VRBHV kann N & E als Vertreter eines verdeckten Antisemitismus gelten.

Eine zweite in Berlin aufgetauchte antisemitische Publikation ist der anonym verfasste „Berlin-Brief“. Verbreitet wurde der „Berlin-Brief“ per Postversand aus den USA und über das Internet. Der „Berlin-Brief“ verfolgt kein konkretes Programm, sondern verbreitet rassistische, nationalistische, antisemitische und NS-verherrlichende Pamphlete. Aufgrund der begrenzten Verbreitung ist der Einfluss der Publikation jedoch sehr gering.



¹⁴ Inhaftiert und verurteilt wurden ebenfalls die Holocaustleugner David Irving, Gernar Rudolf, Siegfried Verbeke und Robert Faurisson. Gegen Ernst Zündel läuft ein Verfahren wegen Volksverhetzung (§ 130 StGB). Vgl. u. a. Senatsverwaltung für Inneres (2006), S. 66 ff.

¹⁵ Vgl. Kap. 2.2.5.

¹⁶ Vgl. zur N & E Senatsverwaltung für Inneres (2006), S. 237 f.

¹⁷ Grundsatzaussagen. Internetauftritt von N & E, Aufruf am 22. August 2006.

¹⁸ Vgl. Kap. 2.2.5.

2.1.2 Aktionsorientierter Rechtsextremismus

Der aktionsorientierte Rechtsextremismus unterscheidet sich vom diskursorientierten Rechtsextremismus durch eine tendenzielle Sprach- und Schriftlosigkeit. Schriftliche Äußerungen treten meist hinter aktionistische Verhaltensweisen zurück. Je nach ideologischer Festigung hat die antisemitische Agitation unterschiedliches Gewicht. Antisemitische Äußerungen und Agitationen sind nicht das Hauptanliegen ideologisch weniger gefestigter, subkulturell geprägter Gruppen, bei denen Gruppenerlebnisse, Revierverhalten und die Betonung körperlicher Stärke eine große Rolle spielen.

Anders ist dies im ideologisch gefestigten Neonazi-Spektrum. Hier werden antisemitische Positionen aktiv nach außen vertreten.¹⁹ Getragen wird diese antisemitische Agitation vor allem durch das rechtsextremistische Kameradschaftsnetzwerk und das Netzwerk Rechtsextremistische Musik. Nach den Vereinsverboten des Jahres 2005²⁰ entfalten inzwischen nur noch die „Autonomen Nationalisten Berlin“ (ANB), die „Freien Kräfte Berlin“ (FKB) sowie das Internet-Projekt „Aktionsbüro Mitteldeutschland/Nationaler Widerstand Berlin Brandenburg“ (NWBB) Außenwirkung.

Die seit Mitte 2002 existierenden ANB²¹ sind ein Projekt von Kameradschaftsaktivisten. Von ihnen wird vor allem der Kampf gegen die so genannte Antifa thematisiert und zu einem gewaltsamen Vorgehen gegen politische Gegner aufgefordert. In diesem Kampf spielten jüdische Einrichtungen bislang keine Rolle, gleichzeitig ruft aber die ANB in Graffiti-Aktionen zum „Rassenkrieg“ auf. Regelmäßig werden in Lichtenberg antisemitische Farbschmierereien festgestellt, wie: „FUCK JEW'S ANB“ (April 2003/Fehler im Original) oder „Tod Israel ANB“ in Kombination mit einem Hakenkreuz (August 2006). Das Verfassen und Erstellen von Texten tritt deutlich hinter aktionistische Formen, wie die Störung öffentlicher Veranstaltungen, Demonstrationsteilnahmen und Graffiti-Aktionen, zurück.

Ebenfalls dem Kameradschaftsnetzwerk zuzurechnen ist das Internet-Projekt „Nationaler Widerstand Berlin-Brandenburg (NWBB). Der NWBB bezieht sich in seinen schriftlichen Stellungnahmen vor allem auf aktuelle gesellschaftliche Geschehnisse. Themen wie die Vergangenheitsbewältigung oder theoretische Debatten spielen keine große Rolle. Anhand aktueller Entwicklungen wird versucht, rechtsextremistische und antisemitische Stereotype in die allgemeine gesellschaftliche Diskussion einzuspeisen. Die Agitation des NWBB richtet sich vordergründig vor allem gegen die USA, weist aber deutliche antisemitische Vorurteile auf.

Der zweite große Personenzusammenhang im aktionsorientierten Rechtsextremismus ist das Netzwerk Rechtsextremistische Musik. Auch hier finden sich zahlreiche antisemitische Äußerungen.

¹⁹ Bergmann/Erb haben darauf hingewiesen dass der Neonazismus durch die Wiederbelebung des Nationalsozialismus notwendigerweise der Leugnung der deutschen Kriegsschuld und des Holocausts bedarf. Gleichzeitig benötigt er konkret angreifbare Feinde: Der antisemitische Code des Nationalsozialismus wird „in seiner manichäischen Struktur übernommen, wonach die Juden als Chiffre, als Urheber und Nutznießer aller mit der Modernisierung verbundenen Phänomene gelten.“ Vgl. Werner Bergmann/Rainer Erb (1996): Rechtsextremismus und Antisemitismus. In: Jürgen Falter/Hans-Gerd Jaschke/Jürgen Winkler (Hg.): Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung, (Politische Vierteljahresschrift Sonderheft 27/1996), S. 330 – 343, hier S. 338.

²⁰ Am 7. März 2005 wurden die Kameradschaften „Kameradschaft Tor Berlin“ (KTB), deren „Mädelsgruppe“ sowie die „Berliner Alternative Süd-Ost“ (BASO) unter anderem wegen ihrer antisemitischen Ausrichtung verboten. Vgl. Senatsverwaltung für Inneres (2006), S. 20 f.

²¹ Vgl. zu den ANB ebenda, S. 206.

Zum Musiknetzwerk gehören rechtsextremistische Bands wie „Die Lunikoff-Verschwörung“²², „Landser“, „Spreegeschwader“, „Legion of Thor“ (LOT), „Deutsch Stolz Treue“ (D.S.T./firmiert inzwischen unter X.x.X.); aber auch Gruppen wie die „Vandalen“ oder „Hammerskins“.²³ Die Texte rechtsextremistischer Musikbands enthalten Hinweise auf die neonazistischen Einstellungen der Mitglieder des Netzwerks. Die Feindbilder in den Musiktexten sind vor allem Ausländer, „Linke“ und der Staat. In einigen Fällen und insbesondere bei jenen Bands, die strafrechtlich relevante CDs produzierten (D.S.T., „Landser“, WAR), ist allerdings auch ein starker, zum Teil eliminatorischer Antisemitismus erkennbar.²⁴ Von den genannten Bands sind zur Zeit nur noch X.x.X., „Spreegeschwader“ und „LOT“ aktiv. Mitglieder der Band „Landser“ wurden im Dezember 2003 wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung (§ 129 StGB) vom Berliner Kammergericht verurteilt. Gegen die Mitglieder von D.S.T. (jetzt X.x.X.) läuft ein Ermittlungsverfahren.

2.1.3 *Parlamentsorientierter Rechtsextremismus*

Der parlamentsorientierte Rechtsextremismus wird in Berlin von den Parteien „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) und der „Deutschen Volksunion“ (DVU) getragen.²⁵ Publikationen der NPD präsentieren antisemitische Stereotype meist indirekt durch die Verwendung von Codewörtern („Ostküste“, „Diktatur der Hochfinanz“), eine Heroisierung des Dritten Reiches, historische Vergleiche hinsichtlich des Holocausts oder positive Äußerungen über revisionistische



Autoren. Revisionistische Bücher und „Enthüllungsbücher“ über die angeblich allmächtige jüdische Lobby in Deutschland werden vom hauseigenen Verlag auf ganzseitigen Anzeigen in der NPD-Zeitung „Deutsche Stimme“ (DS) angepriesen.²⁶

Die politisch-ideologischen Standpunkte der DVU spiegeln sich in der wöchentlich erscheinenden „National-Zeitung/Deutsche Wochen-Zeitung“ (NZ) wider, die von Gerhard Frey herausgegeben wird. Aufgrund der Rolle Freys als Herausgeber der NZ und Bundesvorsitzender der DVU kann sie als Presseorgan der Partei bezeichnet werden.

Insbesondere die Auseinandersetzung mit dem Holocaust und die angebliche Instrumentalisierung desselben durch die Juden spielt eine große Rolle. Die internationale Politik wird ausschließlich unter den Vorzeichen einer jüdisch-amerikanischen Verschwörung dargestellt, deren ständiges Opfer das deutsche Volk sei. Ein Dauerthema ist der angebliche Einfluss einer jüdischen Lobby auf

²² Seit der Inhaftierung des Sängers ruht dieses Projekt. Vgl. Senatsverwaltung für Inneres (2005): Verfassungsschutzbericht 2004. Berlin, S. 36.

²³ Vgl. zum rechtsextremistischen Musiknetzwerk Senatsverwaltung für Inneres (2006), S. 35 ff. Vgl. zu den genannten Organisationen ebenda, S. 205 ff.

²⁴ Vgl. Kap. 2.2.6.

²⁵ Vgl. zu den genannten Parteien Senatsverwaltung für Inneres (2006), S. 220 ff. Die in der Voraufgabe aufgeführte Partei „Die Republikaner“ (REP) darf nach einem Urteil des OVG-Berlin vom 6. April 2006 (OVG 3 B 3.99) nicht mehr genannt werden.

²⁶ Vgl. Kap. 2.2.4.

die amerikanische und deutsche Politik. Ähnlich wie bei der NPD wirbt auch der DVU-Verlag für reversionistische Literatur.²⁷

2.2 Inhalte

2.2.1 Konstruktion eines Gegensatzes zwischen „Deutsch-Sein“ und Judentum

Rechtsextremisten konstruieren einen nicht zu vereinbarenden Gegensatz zwischen „Deutsch-Sein“ und Judentum. In Texten des DK werden Juden als das „Anti-Volk“ und „unser ewiger Feind“ bezeichnet.²⁸ Eine ähnliche Grundannahme spiegelt sich auch in den Texten der rechts-extremistischen Band D.S.T. (jetzt X.x.X.) wider, wenn im Lied „Wehrt Euch“ zum Kampf gegen „die Juden“ aufgerufen wird:

*„Deutsche wehrt Euch! Kämpft gegen das Judenpack!
Deutsche wehrt Euch! Stellt den Juden an die Wand!
Deutsche wehrt Euch! Kauft nicht mehr bei Juden ein,
Dann wird Deutschland wieder ganz den Deutschen sein.“²⁹*

Inhaltlich begründet wird dieser Gegensatz mit der angeblichen „nomadischen“ Lebensweise der Juden, die im Widerspruch zur Betonung der Örtlichkeit und Heimat in Deutschland stehe. Eng verbunden mit dem Nomadentum sei der „Händlergeist der Juden“.³⁰ Das deutsche Volk (nicht die Bundesrepublik) wird hier als letzte Bastion im Kampf gegen das „nomadische Judentum“ bezeichnet.³¹

²⁷ Vgl. Kap. 2.2.2. Vgl. für eine ausführlichere Darstellung des Antisemitismus in der National-Zeitung Fabian Virchow (1996): „Revisionismus“ und Antisemitismus am Beispiel der Frey-Presse. In: Brigitte Bailer-Galanda/Wolfgang Benz/Wolfgang Neugebauer (Hg.): Die Auschwitz-Leugner. „Revisionistische“ Geschichtslüge und historische Wahrheit. Berlin, S. 206 - 224.

²⁸ Aufstandsplan des Deutschen Kollegs. Art. 18. Internetauftritt des DK, Aufruf am 22. August 2006.

²⁹ D.S.T.: „Wehrt Euch“ von der CD „Deutsches Volk Erwache“ (2000).

³⁰ Vgl. den Sechsten Grundsatz des KDS: „Das gleiche Recht für alle ist ein Nomadenrecht. Es ist ein Reise- und Rucksackrecht für wandernde Händler, die überall ihre Geschäfte zu verrichten wünschen, auch wenn ihnen die örtliche Rechtsordnung entgegen steht. Das gleiche Recht ist ein ausgesprochenes Kapitalistenrecht (...)“ Internetauftritt des KDS, Aufruf am 22. August 2006.

³¹ Vgl. u. a. Horst Mahler: Independence-Day Live (12. September 2001): „Dieser Krieg geht seit 1917, dem Zeitpunkt der Entsendung eines amerikanischen Expeditionskorps zur Rettung Großbritanniens, von den Finanz-Eliten der USA aus. Das Deutsche Reich ist – ununterbrochen – seit 1914 von dieser Kriegsführung der imperialistischen Mächte betroffen. Deren erklärtes Ziel war und ist es, die Vormacht der USA als Garant des räuberischen Freihandels zu sichern, indem das Deutsche Reich auf ewig zerstört und das große und kraftvolle Volk der Deutschen in der Mitte Europas zuerst dezimiert und anschließend durch Umvolkung als Kulturnation und Machtfaktor der Weltgeschichte ausgelöscht wird. Die militärische Niederlage des Deutschen Reiches 1945 hat die Völker Europas und die Welt schutzlos der US-amerikanischen Militärmacht und den Ausplünderungsfeldzügen der US-Ostküste ausgeliefert.“ Internetauftritt des DKs, Aufruf am 22. August 2006. Vgl. auch den Vierten Grundsatz des KDS: „Die welthistorische Rolle von Juden bei der Entfaltung der kapitalistischen Weltwirtschaft ist das Ergebnis einer Verwestlichung, d. h. einer Wanderung der Juden aus dem östlichen Mittelmeerraum. Hier entstand jene anglo-jüdische Weltallianz aus atlantischem Seenomadentum und semitischem Wüstenomadentum, aus Atlantismus und Sinismus. Erst durch die Kombination von englischer Seefahrtstechnik und jüdischem Händlergeist kam es zur Entfaltung der modernen kapitalistischen Weltwirtschaft.“ Internetauftritt des KDS, Aufruf am 22. August 2006.

„Ein widerliches Judengesindel, man schaue es sich nur an, allein die die im Fernsehen auftreten. Sie regieren mit eiserner Ausschwitz-Keule das deutsche Volk. Das kann nur in den Abgrund führen. Der Jude zieht danach weiter und sucht sich neue Opfer.“³²

2.2.2 Holocaust-Leugnung und Holocaust-Relativierung

Die Beschäftigung mit dem Holocaust nimmt im Rechtsextremismus großen Raum ein. „Strukturiert“ wird diese Debatte durch § 130 StGB, der die Volksverhetzung (und damit die Leugnung des Holocausts) unter Strafe stellt. Der Großteil der in Deutschland agierenden Rechtsextremisten versucht, unterhalb der Schwelle strafrechtlicher Relevanz zu bleiben. Hier werden unterschiedliche Strategien angewandt. Zum einen werden Zweifel an der Historizität des Holocausts verallgemeinert. Gleichzeitig wird die Strafbarkeit der Leugnung des Holocausts als Beweis für die Unwahrheit interpretiert – was wirklich wahr sei, müsse nicht per Gesetz erzwungen werden. Beispielhaft für diese Strategie sind Texte des KDS:

„Die massive Behinderung einer kritischen und kontroversen Untersuchung der sog. ‚Endlösung der Judenfrage‘ durch Polizei und Justizorgane in fast allen Ländern dieser Erde spricht für sich. Normalerweise steht die Wahrheit auf eigenen Füßen. Sie bedarf nicht der Stütze durch einen Staatsanwalt. Wo sich aber sog. ‚historische Wahrheiten, die keines Beweises bedürfen‘ nur noch unter dem Schutz einer riesigen Leibgarde aus Strafrechtsparagrafen in die Öffentlichkeit wagen, da kann sich jeder auch ohne große historische Vorkenntnisse seinen Reim machen.“³³

Subtilere Zeichen der Bezweiflung des Holocausts sind die Verwendung von Anführungsstrichen („Holocaust“, „Judenvernichtung“) oder die Verschleierung der Vernichtung der Juden durch Hinweise auf die „Förderung der Auswanderung von Juden“ durch die Nazi-Diktatur.³⁴ Neben dieser verallgemeinernden Anzweiflung ist vor allem der historische Vergleich eine wichtige revisionistische Strategie. Der revisionistische Vergleich leugnet den Holocaust nicht, sondern relativiert ihn. Im Gegensatz zum analytischen Mittel des Vergleichs in der Geschichtswissenschaft dient der revisionistische Vergleich nicht dem Erkenntnisgewinn über ein Forschungsobjekt, sondern der Relativierung von Schuld.³⁵ Ein häufiger revisionistischer Vergleich versucht, die Verbrechen des Dritten Reiches (und damit den Holocaust) durch einen Zusammenhang mit den Kriegsverbrechen anderer Staaten zu relativieren:

„(...) dieser Roman Herzog hat als Bundespräsident den 27. Januar zum offiziellen ‚Holocaust-Gedenktag‘ erhoben. In Erinnerung an jenen Tag 1945, da die im furchtbaren Lager Auschwitz noch befindlichen Juden, Überlebende barbarischer Verfolgung, befreit wurden – zugleich aber auch, da Stalins Truppen ihren blutigen, von Gräueln gesäumten Weg zum Stoß in das Herz Deutschlands und Europas fortsetzten.“³⁶

³² Berlin-Brief Nr. 57/2005, Internetauftritt des Berlin-Briefs, Aufruf am 12. Oktober 2006.

³³ Erster Grundsatz. Internetauftritt des KDS, Aufruf am 22. August 2006.

³⁴ Vgl. den Ersten Grundsatz des KDS: „Es gab unter dem NS Reisefreiheit und offene Grenzen. Bis zum Kriegsbeginn konnten politische und ethnische Gegner des Systems das Land verlassen. Die Auswanderung der Juden wurde offiziell gefördert.“ Internetauftritt des KDS, Aufruf am 22. August 2006.

³⁵ Vgl. zur historischen Komparatistik Helmut Kaeble (1999): Der historische Vergleich. Frankfurt a. M.; Heinz-Gerhard Haupt/Jürgen Kocka (1996): Historischer Vergleich. In: Dies. (Hg.): Geschichte und Vergleich. Frankfurt a. M./New York., S. 9 - 45.

³⁶ Holocaust-Tag im Hohen Haus. In: National-Zeitung vom 6. Februar 2004, S. 8.

Ebenso stellen Rechtsextremisten die Opfer alliierter Bombenangriffe den Opfern des Völkermords gegenüber. Die NPD sprach im Zusammenhang mit dem Gedenken an die Bombardierung Dresdens von einem „Bomben-Holocaust“³⁷, um diese mit dem Völkermord des Dritten Reichs gleichzusetzen. Diese Aufrechnung von Opfern soll nationalsozialistische Schuld relativieren, da im Zweiten Weltkrieg auch andere schuldig geworden seien.

Eine zweite Gruppe im rechtsextremistischen Spektrum leugnet den Holocaust offen und verstößt bewusst gegen § 130 StGB. Nur ein kleiner Teil dieser Gruppe agiert von Deutschland aus.³⁸ Zahlreiche, auch im Ausland lebende Revisionisten sind mittlerweile inhaftiert. Zu den in Deutschland verbliebenen offenen Holocaust-Leugnern gehört Horst Mahler. In den Texten des von Mahler geprägten VRBHV wird der Holocaust als Instrument der Knebelung des (in der Ideenwelt Mahlers immer noch existierenden) Deutschen Reiches beschrieben.

Rechtsextremisten bekunden in diesem Zusammenhang auch Sympathien für den iranischen Präsidenten Achmadinedschad, der wiederholt unterstellt hatte, Israel und die Juden hätten den Holocaust zur Staatsgründung instrumentalisiert. Er verfolgt damit die Intention, Israel das Existenzrecht abzuspochen.



„Dr. Achmadinedschad weiß um die Grenzen der in Mitteleuropa eingeschränkten Meinungsfreiheit, die Zentralratspräsidentin Knobloch durch Grundgesetzänderung weiter verengen will. Immerhin scheint er (...) in vorsichtiger Andeutung die Frage gestellt zu haben, ob von jüdischer Seite weltweit nicht ein unangemessener Einfluss ausgeübt werde. In Bezug auf Deutschland und den Iran merkt er an, dass die Sieger des Zweiten Weltkriegs bestrebt blieben, beiden Völkern das nationale Selbstvertrauen zu nehmen.“³⁹

2.2.3 Vorwurf der Instrumentalisierung des Holocaust-Gedenkens

An die Leugnung oder Relativierung des Holocausts schließt sich nahtlos der Vorwurf der Instrumentalisierung des Holocausts an. Dieser werde dazu benutzt, um Deutschland sowohl moralisch⁴⁰, politisch als auch wirtschaftlich zu unterdrücken. Der Holocaust-Gedenktag wird als „Gedenkorgie“⁴¹, das Mahnmal für die ermordeten Juden Europas in Berlin-Mitte als „Bundeschamanlage“⁴² diffamiert:

„Am 12. Mai 2005 ging in Berlin die Bundeschamanlage (Holo-Mahnmal) ans Gedenknetz. (...) Dummerweise hat der seitlich neben der Anlage entstandene Pavillon mit Toiletten und Imbiss die Gedenkstimmung abträglich beeinflusst. So fühlen sich Trauerbeflissene von animierten Berlinern, die mit Bierflaschen in den Händen grinsend und verächtlich in die Anlage glotzen, in ihrer Betroffenheit gestört.“⁴²

³⁷ Vgl. u. a. den Buchkatalog 2006 der Deutschen Stimme, in dem Bücher zum Bombenkrieg gegen Deutschland unter der Rubrik „Bomben-Holocaust“ angeboten werden.

³⁸ Vgl. Deborah Lipstadt (1993): Denying the Holocaust. The Growing Assault on Truth and Memory. New York/Toronto.

³⁹ Das Geheimnis des Achmadinedschad-Briefs. In: National-Zeitung vom 28. Juli 2006, S. 1.

⁴⁰ Vgl. u. a. Aufstandsplan. Art. 207. Internetauftritt des DKs, Aufruf am 21. August 2006.

⁴¹ Kein Gedenktag und kein Mahnmal. Die Deutschen sind bis heute Opfer zweiter Klasse. In: National-Zeitung vom 6. Februar 2004.

⁴² Erklärung des NPD-Landesverbands Berlin. Internetauftritt der NPD, Aufruf am 22. August 2006.

Auf der Web-Seite der KS-Tor wurde die „Verschwendung für Hunderte von Judendenkmälern, die keiner braucht, und nur eine Clique von einigen wenigen will“⁴³ beklagt. In dem Lied „Olé“ der Gruppe „Landser“ heißt es: „Einmal im Jahr kommt Nikolaus, dreimal am Tag kommt Holocaust.“⁴⁴

2.2.4 Weltverschwörungstheorie 1:

Einfluss von Juden auf die amerikanische/deutsche Politik

In der rechtsextremistischen Weltverschwörungstheorie bleiben die „Juden als die wahren Machtinhaber“ im Hintergrund. Gleichzeitig bedarf diese Weltverschwörungstheorie aber auch eines sichtbaren Agenten, der durch „die Juden“ gesteuert wird. Diese Rolle der Marionette füllt (neben Israel) zumeist die USA aus. In einem Liedtext der Gruppe X.x.X (ehemals D.S.T.) heißt es:

*„Sie sind wie Kannibalen, sie fressen alle Völker auf
es ist die Politik der Stärke, der Mörder sitzt im Weißen Haus,
scheinheilige Gründe stehen vor dem Angriffsbefehl
wir alle kennen die Namen dieser Herren aus Usrael.“⁴⁵*

Besonders krude ist die Polemik des „Berlin-Briefes“:

„Sämtliche anglo/amerikanischen Kirchenherrscher blasen ins Shofar-Horn. Ihre volle Unterstützung für Israel und Judentum, ist unwiderruflich. Kongreß und Senat sind in jüdischer Hand und trauen sich aus Angst vor den Juden nicht frei herauszusprechen.“⁴⁶ (Fehler im Original)

Mit der gleichen antisemitischen Polemik wie gegen die USA wird auch die Bundesrepublik Deutschland belegt. Die politische Verfassung der Bundesrepublik gilt Rechtsextremisten als oktroyiertes, „westlich-jüdisches Modell“, oder, wie Horst Mahler es formuliert, als „Organisationsform einer Modalität der Fremdherrschaft“ (OMF):

„Als Bürger des Deutschen Reiches stehen wir – durch Gewalt genötigt – vor einem Willensorgan der Judäo-Amerikanischen Feindmacht, nicht vor einem deutschen Gericht. (...) Alle Institutionen der OMF-BRD (...) sind Institutionen der Fremdherrschaft. Um das Deutsche Volk zu täuschen, segeln sie unter falscher Flagge.“⁴⁷



Ein weiteres Beispiel für die Agitation gegen die „Judenrepublik“ ist das Booklet der CD „Noten des Hasses“ der inzwischen inaktiven Gruppe „White Arian Rebels“ (WAR), in dem die Nationalflaggen der Bundesrepublik Deutschland und Israels übereinander gelegt und mit dem Statement „Fuck“ versehen sind.

⁴³ Kulturfahrt nach Leipzig am Brachmond (Juni) 2002. Internetauftritt der KTB, Aufruf am 9. März 2004.

⁴⁴ Landser: „Olé.“ von der CD „Ran an den Feind“ (2000).

⁴⁵ X.x.X.: „Großer Bruder“ von der inzwischen indizierten CD „Die Antwort auf's System“ (2005).

⁴⁶ Berlin-Brief Nr. 13/2002. Internetauftritt des Berlin-Briefs, Aufruf am 31. Oktober 2006. Vgl. auch ein Zitat aus derselben Publikation: „Darum sagen auch wir; ‚Dort drüben, jenseits des Ozeans, steht der Schuldige‘, und heißt; ‚jüdisch/amerikanischer Bolschewismus?‘.“ (Fehler im Original)

⁴⁷ Horst Mahler: Aufstand für die Wahrheit. Internetauftritt des VRBHV, Aufruf am 22. August 2006.

2.2.5 *Weltverschwörungstheorie 2: Globalisierung als „jüdische Welteroberungsstrategie“*

Anschließend an die These des jüdischen Einflusses auf die USA wird die Globalisierung als Projekt der USA/des Judentums beschrieben, um die Weltherrschaft zu erlangen. Opfer der Globalisierung seien die „freien Völker“ und insbesondere Deutschland. Typisch für diese rechtsextremistische Interpretation der Globalisierung ist der folgende Text des KDS. Kernelemente sind die These der jüdisch-amerikanischen Verschwörung der „Ostküste“ unter Zuhilfenahme internationaler Organisationen (z. B. der WTO), Weltherrschaftspläne und die Opferrolle der „freien Völker“. In diesem Zusammenhang wird auf die angebliche ökonomische monopolartige Macht der Juden und eine unterstellte jüdische Kartell-Mentalität verwiesen:

„Die Begabung zum Geldgeschäft erklärt auch, dass die Juden im statistischen Durchschnitt häufig reicher waren als die sie umgebende nichtjüdische Bevölkerung. (...) Die Anhäufung großer Kapitalien erleichtert Juden die vielfach monopolartige Kontrolle ganzer Wirtschaftsbereiche. Auch ihrem politischen Einfluss ebnet das Geld den Weg.“⁴⁸

Neben der direkten Ausübung militärischer Macht ist es vor allem die wirtschaftliche Macht („Wall Street“) und die kulturelle Ausstrahlungskraft der USA („Hollywood“), die als „jüdisch kontrolliert“ gesehen werden.⁴⁹ Als Gegenentwurf zur Globalisierung wird die Stärkung des Nationalstaates und des Volksgedankens sowie die Etablierung einer national-sozialistischen Wirtschaftsordnung propagiert.⁵⁰

2.2.6 *Vernichtung des Judentums*

Die Frage der Mittel im oben dargestellten „Befreiungskampf der Völker“ gegen die angebliche jüdische Weltverschwörung wird oft nicht explizit behandelt. In den Stellungnahmen Horst Mahlers deutet sich allerdings eine zunehmende Radikalisierung an. Zwar wird die physische Vernichtung der Juden nicht offen propagiert, allerdings wird aus dem Kontext deutlich, dass die von Mahler geforderte „Emanzipation der Menschheit vom Judentum“⁵¹ eine neue Verfolgung bedeutet:

*„Ob wir siegen oder untergehen – diese Frage ist die Frage nach der Endlösung der Judenfrage“⁶²
„Die Judenfrage ist mit der Katastrophe des Deutschen Reiches nicht verschwunden. Sie harret – mehr denn je – der Lösung. Die Rolle jüdischer Bankiers im globalen Finanzsystem, die engen Bindungen zwischen den USA und Israel, der jüdische Zugriff auf die Medien und die penetrante Kommerzialisierung des*

⁴⁸ Vierter Grundsatz: „Der internationale Kapitalismus ist der Hauptfeind aller schaffenden Völker“. Internetauftritt des KDS, Aufruf am 21. August 2006.

⁴⁹ Berlin-Brief Nr. 31/2003. Internetauftritt des Berlin-Briefs, Aufruf am 31. Oktober 2006. Vgl. auch Berlin-Brief Nr. 30/2003: „Das ‚Leiden der Juden‘, welches durch die lebhafteste Phantasie Hollywoods und seiner begabten ‚Zichter und Lenker‘ immer weiter ausgesponnen (...) wird, kann einzig und allein auf den jüdischen Charakter und seinem Hang zum Leiden selbst zurückgeführt werden.“ Internetauftritt des Berlin-Briefs, Aufruf am 31. August 2006.

⁵⁰ Vgl. Reinhold Oberlercher: Der Untergang des judäo-amerikanischen Imperiums (1. November 2001): „Angriff auf die Zivilisation, Wiedererstehung der Kulturen und Zerschlagung der USA einschließlich ihres globalen jüdischen Einflussapparates samt der Beendigung des Judenstaates und die gleichzeitige Herausbildung einer auf der Freiheit der Völker ruhenden Weltordnung ist der untrennbare Gesamtprozess der antikapitalistischen Weltrevolution, an deren siegreichen Ende die westlichen Werte und ihr Verwertungsprozess gebrochen und die Souveränitäten der Völker errichtet sein werden.“ Internetauftritt des DKs, Aufruf am 31. August 2006.

⁵¹ Aufstandsplan. Art. 198. Internetauftritt des DKs, Aufruf am 31. August 2006.

⁵² Horst Mahler: Zur heilsgeschichtlichen Lage des deutschen Reichs. Internetauftritt des DKs, Aufruf am 22. August 2006.

Verfolgungsleids durch gewisse von Juden bestimmte Institutionen setzt mit unwiderstehlicher Gewalt die Befassung mit ‚den Juden‘ auf die Tagesordnung der politischen Diskussion. Die unter Einsatz der Auschwitzkeule erzwungene Tabuisierung der Judenfrage in der ‚westlichen Verwertungsgemeinschaft‘ hat verhindert, im Denken zum Kern der Judenfrage vorzudringen“.⁵³

Das rechtsextremistische Netzwerk Musik geht über solche Andeutungen hinaus. Musikbands rufen in ihren Liedtexten unter anderem unverhohlen zum Mord an Juden auf, wie beispielsweise die Band X.x.X. (chemals D.S.T.):

*„Die Auserwählten – Euer Ende naht
Die Auserwählten – bald kommt der jüngste Tag
Die Auserwählten – Goyim [Nicht-Juden] stehen bereit
Die Auserwählten – Wir beenden auf ewig Eure Zeit.
Sie unterwandern unsere Kulturen, vermischen die Völker
Der normale Durchschnittsbürger erkennt ihr falsches Treiben nicht
Denn nur wenige blicken hinter ihre teuflische Fassade
Die Vernichtung der Völker ist ihr schmutziges Geschäft.“⁵⁴*

⁵³ Horst Mahler: Judenfrage (22. Mai 2002). Internetauftritt des DK, Aufruf am 9. März 2004.

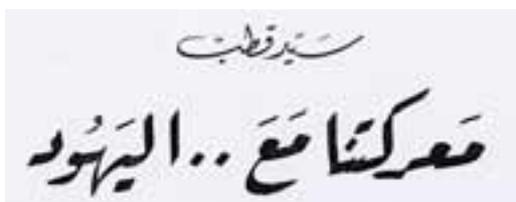
⁵⁴ X.x.X.: „Die Auserwählten“ von der inzwischen indizierten CD „Die Antwort auf’s System“ (2005).

3 AUSLÄNDEREXTREMISMUS

3.1 Akteure

Da die linksextremistischen, extrem-nationalistischen und islamistischen Ausländerorganisationen national (Araber, Iraner, Kurden, Türken) und glaubensgemeinschaftlich (Spaltung in Sunniten, Schiiten) höchst heterogen sind und keine identische Ideologie aufweisen, besteht in Bezug auf den Antisemitismus kein einheitliches Bild. Antisemitismus ist bei den kurdischen, türkischen und iranischen linksextremistischen Ausländerorganisationen kaum ein Thema. Fester Bestandteil der Ideologie ist Antisemitismus dagegen bei islamistischen Ausländerorganisationen bzw. ihren Mutterorganisationen in der Region. Dies betrifft vor allem die Anhänger der „Mujahidin-Netzwerke“ aus dem Umfeld von „al-Qa’ida“, der libanesischen „Hizb Allah“, der palästinensischen „Bewegung des Islamischen Widerstands“ (HAMAS), der beiden pan-islamistischen arabischen Organisationen „Muslimbruderschaft“ (MB) und „Hizb al-Tahrir al-islami“ („Partei der islamischen Befreiung“/HuT) sowie der beiden türkischen Organisationen „Kalifatsstaat“ und „Islamische Gemeinschaft Milli Görüş“ (IGMG). Der islamistische Antisemitismus ist – insbesondere beim Terrornetzwerk „al-Qa’ida“ sowie bei den regional terroristisch aktiven Organisationen HAMAS und „Hizb Allah“ – durch einen ausgeprägt eliminatorischen Antizionismus motiviert, der die Vernichtung des Staates Israel zum Ziel hat.

Ideologische Wegbereiter des modernen antisemitisch geprägten Islamismus waren der Ägypter Sayyid Qutb⁵⁵ (1906 - 1966) und der Pakistaner Abul Ala al-Maududi⁵⁶ (1903 - 1979), die das Konzept der so genannten Gottesherrschaft favorisierten. Hierzu gehörte, die Souveränität Gottes (hakimiyat Allah) zu betonen, die zeitgenössischen muslimischen Gesellschaften durch Exkommunizierung (takfir) für ungläubig zu erklären und im Namen des Jihad zur Bekämpfung von Tyrannei und Unkenntnis bzw. Leugnung des Islam (jahiliyya) aufzurufen.



Buchtitel Qutb: „Unser Kampf gegen die Juden“

Nach islamistischem Verständnis schließt das Konzept des Jihad auch die Anwendung militärischer Gewalt ein und sollte gegen aus islamistischer Sicht nicht-linientreue Muslime sowie und gegen als vermeintlich „Ungläubige“ diffamierte Juden und Christen eingesetzt werden.

Insbesondere in seinem Buch „Unser Kampf gegen die Juden“ hatte Qutb eine „jüdische Verschwörung gegen den Islam“ unterstellt⁵⁷ und erstmals die – von Usama Bin Ladin 1998 aufgegriffene – Gleichsetzung zwischen einem „Welt-Kreuzzüglertum“ (as-Salibiya al-alamiya) und einem „Weltjudentum“ (al-Yahudiya al-alamiya) vollzogen. Qutb hatte ein – seit dem siebten Jahrhundert

⁵⁵ Sayyid Qutb gilt als der Begründer des militanten Islamismus, dessen Ideologie starken Einfluss auf nachfolgende Organisationen wie etwa „al-Qa’ida“ ausübte. Er vertrat den radikalen Flügel in der 1928 gegründeten „Muslimbruderschaft“ (MB) und wurde 1966 in Ägypten wegen staatsfeindlicher Umtriebe hingerichtet.

⁵⁶ Abul Ala al-Maududi gründete 1941 in Pakistan die „Jamaat-i islami“ („islamische Gemeinschaft“).

⁵⁷ Vgl. Sayyid Qutb (1973): Ma’arakatuna ma’ al-yahud, 30 - 33, Beirut/Kairo.

vermeintlich existierendes – subversives Wirken der Juden historisch zu rekonstruieren versucht und Juden vor allem der Auflösung des Kalifats sowie der Abschaffung der Scharia in der 1923 gegründeten Türkei bezichtigt.⁵⁸

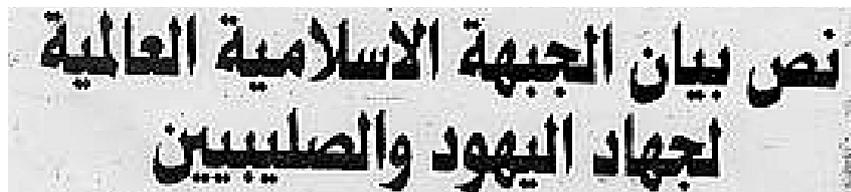
3.1.1 Arabische Islamisten

„Al-Qa’ida“/„Mujahidin-Netzwerke“



Ein deutliches Beispiel für Antisemitismus stellen die Verlautbarungen der von Usama Bin Ladin Ende der 1980er Jahre gegründeten Organisation „al-Qa’ida“ („Die Basis“) dar, die sich Mitte der 1990er Jahre mit Teilen der ägyptischen Terrorgruppen „al-Jihad al-islami“ („Der islamische Kampf“) und „al-Jama’a al-islamiya“ („Die islamische Gruppe“) zu einem transnationalen Netzwerk zusammengeschlossen hatte. Kennzeichen der stark antisemitisch gefärbten Ideologie von „al-Qa’ida“ ist die Uminterpretation des Jihad⁵⁹ zu einer offensiven, militanten Aktionsform.

Markantestes Beispiel für dieses extrem militante Verständnis des Jihad ist der 1998 von Usama Bin Ladin mitunterzeichnete Aufruf der „Islamischen Weltfront für den Jihad gegen Juden und Kreuzzügler“, der sich insbesondere vor dem Hintergrund der Terroranschläge des 11. September 2001 wie eine frühe Legitimation des Massenmords im Namen des Jihad liest. Hierin hatte Bin Ladin die Tötung von Amerikanern und Juden zur vermeintlichen individuellen Pflicht eines jeden Muslims erklärt. Im weiteren kritisiert er die israelische „Besetzung Jerusalems“ und vermeintlich von Juden verübte „Morde an Muslimen“, die Angriffe auf Juden weltweit rechtfertigten.



Aufruf der „Islamischen Weltfront für den Jihad gegen Juden und Kreuzzügler“

Die Bekämpfung von „Juden“ und „Kreuzzüglern“ ist auch durchgängiges Motiv zahlreicher Audio- und Videobotschaften, mittels derer „al-Qa’ida“ die Motivation und die strategische Ausrichtung potenzieller Attentäter zu beeinflussen versucht. So bezeichnete der Stellvertreter Bin Ladins, Aiman al-Zawahiri, im Juli 2006 den Krieg zwischen Israel und der libanesischen „Hizb Allah“ als einen „kreuzzüglerisch-zionistischen Krieg“ und forderte seine Anhänger auf, die ganze Welt als ein „Schlachtfeld“ zur Bekämpfung von „Zionisten und Kreuzzüglern“ zu betrachten:

⁵⁸ Vgl. Bassam Tibi (2003): Der importierte Hass. In: Die Zeit vom 6. Februar 2003.

⁵⁹ Der Begriff *Jihad* hat aus Sicht der islamischen Religion zwei unterschiedliche Bedeutungen: Erstens das Bemühen, die Anstrengung zum Wissenserwerb. Diese Variante wird als der „große *Jihad*“ bezeichnet. Zweitens steht *Jihad* in der Bedeutung von Kampf und kriegerischer Handlung. Diese – als „Jihad um Gottes Willen“ bezeichnete – Variante wird „kleiner *Jihad*“ genannt. In der klassischen islamischen Rechtstheorie wird der *Jihad* vorrangig als Mittel zur Verteidigung der muslimischen Herrschaftsgebiete definiert, als lediglich kollektive Verpflichtung der Gemeinde bestimmt und seine Gültigkeit an die Ausrufung durch einen politischen Führer der islamischen Gemeinde gebunden.

„Muslime überall, ich fordere Euch auf, zu kämpfen und Märtyrer im Krieg gegen die Zionisten und die Kreuzzügler zu werden.“⁶⁰

In einem Propagandavideo anlässlich des fünften Jahrestags der Anschläge vom 11. September 2001 benannte Zawahiri die Bekämpfung Israels als eines der wichtigsten strategischen Ziele von „al-Qa’ida“. Diesbezüglich prophezeite er, dass die Jihadisten den „Zionisten und den Kreuzzüglern“ in Israel, in Afghanistan und im Irak eine baldige Niederlage bereiten würden.⁶¹ Zuvor hatte er den Kampf gegen Israel als eine vorgebliche legitime Jihad-Form bezeichnet, die vor allem dem Zwecke des Sieges des Islam diene:



„Der Krieg gegen Israel hängt nicht von Waffenstillständen ab (...) Es ist ein Jihad auf dem Wege Gottes und er wird so lange dauern, bis unsere Religion gesiegt haben wird.“⁶²

„Hizb Allah“ („Partei Gottes“)

Die libanesisch-schiitische Gruppierung „Hizb Allah“ negiert seit ihrer Gründung 1982 das Existenzrecht Israels und propagiert seitdem den auch mit terroristischen Mitteln geführten Kampf gegen den jüdischen Staat. Der eliminatorische Antizionismus in Form des Ziels der Vernichtung Israels ist fester Bestandteil der Strategie der Organisation, die sich an dem vom „Revolutionsführer“ Khomeini 1979 propagierten anti-israelischen Kurs der „Islamischen Republik Iran“ orientiert.

In einem Programmpapier der „Hizb Allah“ von 1985 heißt es wörtlich:

„Unser Kampf endet erst, wenn dieses [zionistische] Wesen ausgelöscht ist.“⁶³



Die Vernichtung Israels steht auch im Mittelpunkt der über Videofilme und Poster verbreiteten Propaganda der „Hizb Allah“, die vor allem die Popularisierung von Selbstmordanschlägen sowie Bilder israelischer Attentatsopfer umfasst. Die mit Textzeilen wie „Israel wird unweigerlich aufhören zu existieren“ versehenen Propagandafilme verbreitet die „Hizb Allah“ vor allem über ihren Sender „al-Manar“ („Der Leuchtturm“), der immer noch europaweit zu empfangen ist.⁶⁴ Ziel der aggressiven Propaganda ist die Werbung für den bewaffneten Kampf gegen Israel sowie der unzweideutige Aufruf zur Befreiung „ganz Palästinas“. Zentrale Bedeutung kommt hierbei Darstellungen der Kampfbereitschaft der Palästinenser und

⁶⁰ Zawahiri: Videobotschaft vom 27. Juli 2006.

⁶¹ Zawahiri: Videobotschaft vom 11. September 2006.

⁶² Zawahiri: Videobotschaft vom 27. Juli 2006.

⁶³ ICT: The Hizballah Programm vom 15. September 1988.

⁶⁴ Wegen antisemitischer Propaganda sowie gegen Israel gerichteter Aufrufe zu Hass und Gewalt war al-Manar Ende 2004 die Sendelizenz entzogen und die Ausstrahlung über Eutelsat unterbunden worden. Der Sender ist in Deutschland allerdings weiter über andere Satelliten zu empfangen.

Libanesen sowie der Verherrlichung der – seitens der „Hizb Allah“ als „Märtyrer-Operationen“ verklärten – Selbstmordanschläge zu.

So werben die Filme mit den „erfolgreichen“ Anschlägen der libanesischen „Hizb Allah“ sowie der beiden palästinensischen Terrorgruppen HAMAS und „Palästinensischer Islamischer Jihad“ (PIJ). Die Glorifizierung betrifft vorrangig Selbstmordattentäter ihrer militärischen Flügel „Islamischer Widerstand“ („al-Muqawama al-islamiya“), „Izz ad-Din al-Qassam-Brigaden“ sowie „Jerusalem-Kompanien“ („Saraya al-Quds“).

Die eliminatorisch antizionistische Grundhaltung der Organisation belegen einschlägige Äußerungen ihres Generalsekretärs Hassan Nasrallah, dessen Reden und Aufrufe häufig im Zentrum der Propagandafilme stehen. So richtete Nasrallah, umrahmt von bildlichen Darstellungen der Topoi „der Raub Palästinas“, die jüdischen Besiedlung sowie die arabisch-israelischen Kriegshandlungen 1948, bereits 2003 folgende Botschaft an seine Anhänger:

„O Ihr Menschen! O Ihr Regime! O Ihr Völker! Dieses Israel wird unweigerlich aufhören zu existieren!“⁶⁵



Auf diese Aussage folgen Bild- und Tonsequenzen mit Bombenexplosionen, diversen Anschlagorten sowie Bildern toter israelischer Attentatsopfer. Diese Szenen sind mit dem Schriftzug unterlegt „Das nicht-mehr-Existieren Israels“.⁶⁶

In den Propagandafilmen wird ferner ein explodierender Davidstern, religiöses und zugleich nationales Symbol Israels, dargestellt und die Szene mit der Textzeile „(Israel) wird unweigerlich aufhören zu existieren“ versehen.⁶⁷

Propagandaplakat mit Text:

„Dieses Israel wird mit Gottes Hilfe aufhören zu existieren“.

Parallel zu der dominierenden eliminatorisch antizionistischen Ausrichtung der Organisation benutzt die „Hizb Allah“ auch eindeutig antisemitischen Klischees. Hierzu zählt vor allem die während des Ramadan 2003 über den „Hizb Allah“-Sender „al-Manar“ ausgestrahlte Sendereihe „al-Shatat“ („Diaspora“), in der die Existenz einer seit Jahrhunderten bestehenden geheimen jüdischen Weltregierung unterstellt wird, die für zahlreiche politische Komplotte und Großereignisse wie den Ausbruch des Ersten und Zweiten Weltkriegs verantwortlich zeichnen soll. Darüber hinaus wurde in der Sendung das vermeintlich subversive Wirken von Juden in der Welt auf die beiden religiösen Quellen des Judentums (Thorah und Talmud) zurückgeführt und ein jüdischer Ritualmord an Kindern – eine dem christlichen Antisemitismus entlehnte Vorstellung – szenisch dargestellt.

In Berlin agieren die Anhänger der Organisation nicht offen unter der Bezeichnung „Hizb Allah“. Zu den Aktivitäten zählen die Teilnahme an und die Vorbereitung von Demonstrationen, internen Propagandaveranstaltungen und das Sammeln von Spendengeldern. Die in Berlin von Anhängern der „Hizb Allah“ und iranischen Regimetreuen initiierte alljährliche Demonstration zum so genannten „al-Quds“-Tag verläuft seit 2004 als Kundgebung ohne besondere Vorkommnisse.

⁶⁵ al-Manar am 22. Januar 2003.

⁶⁶ Ebenda.

⁶⁷ Ebenda.

HAMAS („Bewegung des Islamischen Widerstands“)

Die mit dem Kurzwort HAMAS⁶⁸ bezeichnete „Bewegung des Islamischen Widerstands“ wurde 1987 im Gaza-Streifen von Shaikh Ahmad Yassin in der Nachfolge eines Zweigs der „Muslimbruderschaft“ gegründet. Nach ihrem Wahlsieg bei den Parlamentswahlen in den palästinensischen Autonomiegebieten im Januar 2006 stieg die HAMAS zur Regierungspartei auf.⁶⁹ Die Organisation verneint das Existenzrecht Israels und strebt die „Befreiung ganz Palästinas“ sowie die Gründung eines „Islamischen Staates Palästina“ durch bewaffneten Kampf an. Die Anhänger und Sympathisanten der HAMAS in Deutschland verhalten sich sehr zurückhaltend und tauchen in der Öffentlichkeit kaum auf. Eher selten sah man in der Vergangenheit Fahnen der HAMAS auf Demonstrationen,⁷⁰ auf denen auch antisemitische und antizionistische Inhalte kommuniziert wurden.

Wie bereits in der 1988 erstellten Charta der HAMAS deutlich wird, ist der Antizionismus der Organisation antisemitisch unterlegt. In dem 36 Artikel umfassenden, weiterhin gültigen Statut finden sich zahlreiche antisemitische Stereotype und Klischees. Die in dem Text verwendeten Begriffe „Zionisten“ und „Juden“ werden synonym gebraucht und eine Verschwörung Israels und „der Juden“ gegen den Islam und die arabische Welt wird unterstellt. So wird in Artikel 33 der Charta auf die antisemitischen „Protokolle der Weisen von Zion“ verwiesen, in denen der Plan zur zionistischen Herrschaft über den gesamten arabischen Raum bereits angelegt worden sein soll. In ihrem eliminatorischen Antizionismus töten die Selbstmordattentäter der HAMAS auch Zivilisten innerhalb des israelischen Kernlandes.

„Hizb al-Tahrir al-islami“ („Partei der islamischen Befreiung“/HuT)

Eine stark antisemitische Prägung findet sich bei der pan-islamistischen, parteiähnlichen Bewegung „Hizb al-Tahrir al-islami“ („Partei der islamischen Befreiung“/HuT). Die 1953 gegründete HuT ruft zum gewaltsamen Umsturz der Regierungen im Vorderen Orient auf und soll dort an mehreren Staatsstreichern beteiligt gewesen sein. Zu ihren erklärten Zielen gehören die Vernichtung des Staates Israel, die „Befreiung“ der muslimischen Welt von westlichen Einflüssen, die Wiederherstellung der Kalifats Herrschaft sowie die Einführung der Scharia als politisches und gesellschaftliches Ordnungsprinzip.

In Deutschland war die Organisation seit 1990 aktiv, wo sie vor allem neue Mitglieder anzuwerben versucht. Der Bundesminister des Innern erließ im Januar 2003 ein Betätigungsverbot gegen die Organisation. Die Ideologie der HuT kennzeichnet eine ausgeprägte Judenfeindschaft sowie die Rechtfertigung von Gewaltanwendung durch vermeintlich religiöse Bezüge. So werden etwa Koranverse deutlich selektiv wiedergegeben, aus ihrem historischen Kontext herausgelöst und auf die heutige Zeit bezogen. Zudem werden Begriffe wie Jihad („Bemühen“, „Kampf“) fast durchgängig militant interpretiert. So heißt es beispielsweise in „Explizit“, dem religiösen Propa-

⁶⁸ Arabisch: „Harakat al-Muqawama al-islamiya“. Der Begriff „Hamas“ stellt zugleich ein – bereits im Koran enthaltenes – arabisches Wort dar, das „Begeisterung“, „Eifer“ und „Leidenschaft“ bedeutet. Islamisten interpretieren den Begriff als „Tapferkeit“.

⁶⁹ Vgl. zur HAMAS Senatsverwaltung für Inneres (2006), S. 265 ff.

⁷⁰ Zum Beispiel bei der Großdemonstration unter dem Thema „Solidarität mit Palästina“ am 13. April 2002 in Berlin.

gandamagazin der HuT, mit Bezug auf Sure 2, Vers 191 („Und tötet sie, wo immer ihr sie zu fassen bekommt, und vertreibt sie, von wo sie euch vertrieben haben“!):

„Auf die zionistische Aggression in Palästina kann es nur eine Antwort geben: den Jihad. Allah der Erhabene befiehlt.“⁷¹

An anderer Stelle folgt nach Zitierung derselben Sure eine typisch islamistische und stark antisemitisch gefärbte Polemik:

„Die Juden sind ein Volk der Lügen, ein Volk des Verrats, das Abkommen und Verträge bricht. Sie ersinnen Unwahrheiten und verdrehen den Wortsinn. Sie verletzen ungerechterweise die Rechte anderer, töten Propheten und Unschuldige und sind die größten Feinde der Gläubigen. Allah (t.) untersagte uns, sie zum Freund zu nehmen.“⁷²

3.1.2 Türkische Islamisten

„Kalifatsstaat“ (ICCB)

Der den türkisch-islamistischen Gruppierungen zuzuordnende „Kalifatsstaat“ (ICCB) ist eine kleine Organisation, die bis zu ihrem Verbot durch den Bundesminister des Inneren am 12. Dezember 2001 in Berlin über ca. 50 Mitglieder verfügte und bundesweit aktuell etwa 750 Anhänger hat. Die nach dem Verbot des „Kalifatsstaats“ publizierte Zeitung „Barika-i Hakikat“ („Das Aufleuchten der Wahrheit“) wurde letztmalig im Oktober 2004 veröffentlicht, stattdessen hat die Organisation mehrere Seiten im Internet freigeschaltet. Ihr Gründer, Cemalettin Kaplan, verließ 1984 mit einer Gruppe von Anhängern die „Vereinigung der Neuen Weltansicht in Europa e. V.“ (AMGT) in Köln, eine Vorgängerorganisation der IGMG. Necmettin Erbakan, der Gründer der „Milli-Görüş“-Bewegung, und Cemalettin Kaplan waren sich in dem Ziel einig, dass in der Türkei ein islamischer Staat gegründet werden müsse. Die Meinungsverschiedenheit, die schließlich zur Abspaltung Kaplans und seiner Anhänger führte, lag in der Wahl des Weges, wie dieses Ziel zu erreichen sei. Während die AMGT den gewaltfreien, parlamentarischen Weg bevorzugte, sprach sich Kaplan ausdrücklich für eine „islamische Revolution“ nach dem Vorbild des Iran aus. Im Zuge einer „islamischen Revolution“ sollte das – 1924 in der neu gegründeten türkischen Republik abgeschaffte – Kalifat, das Amt des weltlichen Oberhauptes der Muslime, wieder eingeführt werden.

Analog zur Ideologie der „Milli-Görüş“-Bewegung führen die Kalifatsstaatsanhänger die ungerechten Verhältnisse in der Welt und insbesondere das Leid der Muslime auf den Imperialismus zurück, der von Juden und deren Verbündeten, den westlichen Demokratien, zur Unterdrückung der Welt geschaffen worden sein soll.⁷³

„Islamische Gemeinschaft Milli Görüş e. V.“ (IGMG)

Der heutige Dachverband mit der Bezeichnung „Islamische Gemeinschaft Milli Görüş e. V.“ (IGMG) wurde 1995 gegründet und stellt die mitgliederstärkste islamistische Organisation in Deutschland dar. Die Ursprünge der Organisation gehen auf den türkischen Politiker Necmettin Erbakan zurück, der die „Milli-Görüş“-Bewegung Anfang der 70er Jahre in der Türkei ins Leben rief

⁷¹ Explizit Nr. 30/2002, S. 6.

⁷² Internetauftritt der HuT, Aufruf am 26. April 2004.

⁷³ Vgl. Einladung zur Einheit. In: Asr-ı Saadet vom 24. April 2002.

und später die Gründung entsprechender Organisationen im Ausland förderte. Sein politisches Konzept stellte er 1973 in dem gleichnamigen Buch „Milli Görüş“ („Nationale Sicht“) vor. Hierin forderte er, die türkischen Bürger unter dem Dach von Nationalismus und Islamismus zu einen und in der Türkei ein islamistisches Staatswesen zu errichten. Zugleich lehnte er wesentliche rechtsstaatliche Prinzipien wie Volkssouveränität oder Parteienpluralismus als unvereinbar mit der von ihm geforderten „gerechten Ordnung“ („Adil Düzen“), in der sich alles politische Handeln an Koran und Sunna orientieren soll, ab und forderte einen Systemwechsel zunächst in der Türkei, später dann sukzessive für die gesamte Welt.

Entsprechende Vorstellungen konkretisierte Erbakan 1991 in seinem Buch „Gerechte (Wirtschafts-) Ordnung“. Bei diesem Versuch, die „Milli-Görüş“-Ideologie zu erneuern, haben Antizionismus und Antisemitismus eine zentrale Funktion. Erbakan kritisiert vor allem die „materielle“ und „geistige“ Ordnung der modernen Türkei, die er als „Sklavenordnung“ bezeichnet. Die Existenz dieser „Sklavenordnung“ betrachtet er als eine Folge eines Neo-Kolonialismus, der wiederum ein Instrument des „Imperialismus“ sei.⁷⁴ Als die eigentlichen Drahtzieher gälten aber die „Zionisten“, die den Imperialismus kontrollierten und ihre Herrschaft „mittels imperialistischer Staaten“ ausübten.

Der als Antizionismus getarnte Antisemitismus verdichtet sich in Erbakans islamistischer „Milli-Görüş“-Ideologie zu einer Verschwörungstheorie, deren zentrale Aussage lautet:

„Der Zionismus ist ein Glaube und eine Ideologie, dessen Zentrum sich bei den Banken der New Yorker Wall Street befindet. Die Zionisten glauben, dass sie die tatsächlichen und auserwählten Diener Gottes sind. Ferner sind sie davon überzeugt, dass die anderen Menschen als ihre Sklaven geschaffen wurden. Sie gehen davon aus, dass es ihre Aufgabe ist, die Welt zu beherrschen. Sie verstehen die Ausbeutung der anderen Menschen als Teil ihrer Glaubenswelt.“⁷⁵

Entsprechende antisemitische Haltungen wurden von der IGMG lange Zeit offen vertreten. Ende der 90er Jahre setzte eine Strategieveränderung ein, in deren Folge sich die IGMG von früheren antisemitischen Haltungen distanzierte. In öffentlichen Stellungnahmen betonten Vorstandsmitglieder des IGMG-Hauptverbandes regelmäßig, dass die IGMG nicht antisemitisch sei und keine antisemitischen Publikationen mehr verbreite.⁷⁶ Allerdings gibt es Hinweise, dass die IGMG weiterhin Medien mit antisemitischem und antizionistischem Inhalt vertreibt.

Bei der Durchsuchung einer IGMG-Moschee in München im September 2004 wurden für den Verkauf vorgesehene antisemitische Bücher, darunter „Der internationale Jude“ von Henry Ford, gefunden. Im Zeitraum August 2005 bis Februar 2006 lagen in einer IGMG-Moschee in Hamburg VCDs mit dem Titel „Die Kinder der al-Aksa-Moschee“ zum Verkauf aus. Hierbei handelt es sich um eine antisemitische Zeichentrickserie für Kinder, die auf tendenziöse Weise Vorurteile gegen Juden schürt. In Berlin hat die Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren wegen Volksverhetzung nach § 130 StGB eingeleitet. Im April 2006 sollen auf einer Buchmesse im Hof des der IGMG zuzurechnenden „Mevlana Moschee e. V.“ zwei Bücher sowie eine VCD-Produktion mit dem Titel

⁷⁴ Necmettin Erbakan (1991): Gerechte Ordnung. Ankara, S. 4.

⁷⁵ Ebenda.

⁷⁶ Vgl. der IGMG-Generalsekretär Oguz Ücuncü in einem Beitrag des Fernsehmagazins „Frontal 21“ am 6. Juni 2006.

„Zehras blaue Augen“⁷⁷ verkauft worden sein, die antisemitische Propaganda enthielten.⁷⁸ Diese VCD wurde auch auf der europaweiten IGMG-Großveranstaltung „Tag der Brüderlichkeit und Solidarität“ am 4. Juni 2006 in Hasselt (Belgien) auf dem Tisch des IGMG-Bücherclubs zum Kauf angeboten.

Die VCD „Zehras blaue Augen“ stellt ein typisches Beispiel für islamistischen Antisemitismus dar. Erzählt wird die Geschichte eines palästinensischen Mädchens, dem die Augen herausoperiert werden, um sie auf Wunsch eines israelischen Generals dessen sehbehindertem Sohn einzusetzen. Diese Operation dient dem General allerdings nur als Probelauf für ein größeres Projekt. Sein eigentliches Ziel ist es, Palästinenser als Organspender für Israelis zu missbrauchen. Die Legitimation für sein Handeln sieht der General dadurch gegeben, dass Palästinenser auf jüdischem Land lebten und die Juden ein natürliches Anrecht auf alles hätten, was sich auf diesem Land befände. Der Film endet damit, dass Zehras Bruder aus Rache einen sprengstoffbeladenen Wagen in das Haus des Generals lenkt, in dem dieser gerade eine Feier mit israelischen Honoratioren abhält.

Die Darstellung von Muslimen ausschließlich als Opfer, die gequält, misshandelt und schließlich ermordet werden, ist ein von Islamisten besonders häufig verwendetes Bild. Demzufolge sind Muslime ihren Unterdrückern hilflos ausgeliefert. Israelis und Juden werden als grundsätzlich böse dargestellt, sie seien nur auf die Vernichtung der Muslime aus. Selbstmordanschläge werden als einzig mögliche Reaktion auf die grenzenlose Ungerechtigkeit, die Muslimen widerfähre, dargestellt.

Der IGMG-Vorstand in Kerpen gibt zur Frage der Verbreitung antisemitischer Medien durch die IGMG an, dass der Dachverband die untergeordneten Vereine oder Funktionäre lediglich dazu anhalten könne, keine antisemitischen Medien zu verkaufen; kontrollieren könne er sie nicht.

Verbot des türkischen Verlags „Yeni Akit GmbH“

Am 25. Februar 2006 verbot das Bundesinnenministerium die in Mörfelden-Walldorf ansässige „Yeni Akit GmbH“.⁷⁹ Die Gesellschaft war Verlegerin der Europaausgabe der türkischen Tageszeitung „Anadoluda Vakit“ („Die Zeit in Anatolien“). Die Zeitung, die keiner bestimmten islamistischen Organisation zuzuordnen ist, publizierte mehrfach volksverhetzende Artikel, die sich insbesondere gegen den Staat Israel, Juden und die westliche Gesellschaftsordnung richteten. Die Türkei Ausgabe der Zeitung ist im Internet verfügbar.

Auslöser für das Verbotverfahren war u. a. ein Artikel in der Ausgabe der „Anadoluda Vakit“ vom 1. Dezember 2004 mit der Überschrift „Hitlers Gas ist ebenso eine Lüge, wie der Jazz der Zionisten eine Lüge ist“. In dem Artikel wird der Holocaust geleugnet und als jüdische Propaganda dargestellt:

„So etwas wie Völkermord gibt es nicht. Gaskammern sind eine Lüge. Es ist nichts anderes, als nur zionistischer Jazz.“

⁷⁷ Türkisch: „Filistinli Zehra'nin Gözleri“ (wörtlich übersetzt „Die Augen der Palästinenserin Zehra“). Es handelt sich um eine ursprünglich mehrteilige Filmproduktion des staatlichen iranischen TV-Kanal Sahar-1, in türkischer Synchronisation mit englischen Untertiteln.

⁷⁸ Am 24. April 2006 teilten die „Islamische Föderation in Berlin e. V.“ (IFB) und ihr Mitgliedsverein, die „Mevlana-Moschee e. V.“, in einer Presseerklärung mit, dass beide Institutionen mit der Buchmesse nichts zu tun hätten. Die Moschee hätte lediglich den Hof an den Veranstalter, die „Okusan GmbH“, vermietet. Als sie von den Publikationen erfahren hätten, hätten sie den Veranstalter sofort aufgefordert, die Publikationen zu entfernen.

⁷⁹ Am 17. Juli 2006 hat das Verbot Rechtskraft erlangt.

Als die Juden in Deutschland nicht nach Palästina auswandern wollten, machte man ihnen Angst. Aus Mücken wurden Elefanten gemacht. Dieser Tatsache ist es zu verdanken, dass die Fundamente des Staates Israel gelegt wurden. (...)

Jawohl, Eichmann hat dafür gesorgt, dass 250 000 Juden nach Palästina auswandern konnten. Und das mit dem Befehl Hitlers. (...)

Das Ziel war es, eine Auswanderung zu erreichen. Um ihr Ziel zu erreichen, haben sie damals Hitler benutzt. Heute benutzen sie (Georg) Bush.

Dies ist die Wahrheit, der Rest sind Geschichten.“

3.2 Inhalte

3.2.1 Konstruktion eines Gegensatzes „Westen“ – Islam

Entsprechend dem Rechtsextremismus gehen antisemitisch orientierte islamistische Gruppierungen von angeblich unüberwindlichen Gegensätzen aus. Anders als bei Rechtsextremisten, die einen Gegensatz zwischen Juden und „Deutsch-Sein“ konstruieren, postulieren islamistische Gruppierungen einen Antagonismus zwischen „dem Westen“ und dem Christentum sowie der islamischen Welt, wobei sowohl vom „Westen“ als auch von der islamischen Welt ein vermeintlich homogenes Bild entworfen wird. In dieser Perspektive kommt „dem Westen“ die Rolle des imperialistisch motivierten Aggressors und Unterdrückers zu. Speerspitze dieser angeblichen imperialistischen Aggression sind Israel bzw. „die Juden“.

Eine andere Variante geht von einer angeblichen Aufhetzung von Christen gegen Muslime aus, die vor allem von Juden mit dem Ziel betrieben werde, die Weltherrschaft zu erlangen. In einer Kolumne von Süleyman Arif Emre in der türkischen Tageszeitung „Milli Gazete“ heißt es:

„(...) die von den Zionisten geplante Neue Weltordnung macht zunehmend von sich Reden. (...) Der Angriff auf die Zwillingstürme in New York wurde geplant, um einen Streit zwischen Christen und Muslimen zu schüren. (...) Das eigentliche Ziel stellt jedoch die Neue Weltordnung der Zionisten dar. Unter dem Vorwand und der Angst vor dem Terror will man eine Basis für die zionistische Ordnung schaffen. Die Zionisten wollen drei Fliegen mit einer Klappe schlagen. 1. Sie wollen einen geheimen Weltstaat errichten. 2. Dieses Gebilde soll im Zentrum der Globalisierung entstehen, 3. Gleichzeitig will man sich die Erdölreserven im Nahen Osten aneignen. Der Plan der USA und der Zionisten umfasst sämtliche muslimische Staaten.“⁸⁰

3.2.2 Weltverschwörungstheorien

Der Mythos von der jüdischen Weltverschwörung und vom zionistischen Komplott sowohl im politischen als auch im ökonomischen Sinne findet sich in der Charta der HAMAS, die einen vermeintlich massiven Einfluss „der Zionisten“ in Politik, Wirtschaft und Medien unterstellt. So heißt es in Artikel 22 der Charta:

„Lange Zeit haben die Feinde mit List und Tücke sorgfältig ihr Komplott geplant, so dass sie ihren Traum schließlich umsetzen konnten (...) Mit ihren finanziellen Mitteln haben sie weltweit die Kontrolle über die

⁸⁰ Süleyman Arif Emre (2003): Schritt für Schritt in Richtung neue Weltordnung. In: Milli Gazete vom 20. Januar 2003.

Medien, Nachrichtenagenturen, Presse, Verlagshäuser, Fernsehsender und ähnliches übernommen. Mit ihrem Geld haben sie Revolutionen in verschiedenen Teilen der Welt angezettelt, um ihre eigenen Interessen zu realisieren und die Früchte zu ernten. Sie standen hinter der Französischen Revolution, der Russischen Revolution und den meisten anderen Revolutionen, die uns bekannt sind. (...) Sie nutzten das Geld ebenfalls zur Gründung geheimer Organisationen wie beispielsweise die Freimaurer, die Rotary Clubs und die Lions Clubs, die weltweit vertreten sind, um Gesellschaftssysteme zu zerstören und zionistische Interessen wahrzunehmen. Mit ihrem Geld gelang es ihnen, die Macht über die imperialistischen Länder zu gewinnen und sie dazu zu bringen, viele Länder zu kolonisieren und die verfügbaren Ressourcen dieser Länder auszubeuten und dort Korruption zu verbreiten. (...) Sie steckten hinter dem Ersten Weltkrieg, um das islamische Kalifat schließlich auszulöschen (...) Sie waren es, die dafür sorgten, dass der Völkerbund durch die Vereinten Nationen und den Sicherheitsrat ersetzt wurde, um durch deren Einschaltung über die Welt herrschen zu können. Es gibt keinen Krieg, wo auch immer, bei dem sie nicht ihre Hände im Spiel haben.“

Auf diese Weise wird der ausgeprägt eliminatorische Antizionismus der HAMAS mit bekannten europäisch-antisemitischen Klischees unterlegt und somit das Feindbild „der Juden“ – die nach Lesart der HAMAS kollektiv hinter Israel stehen⁸¹ – weiter dämonisiert.

Der Mythos von der jüdischen Weltverschwörung und vom zionistischen Komplott ist auch zentrales Element der Ideologie von Necmettin Erbakan. Er postulierte, dass der zionistisch gelenkte Weltimperialismus sich wirtschaftlicher Ausbeutungsmechanismen bediene, um nicht nur die Türkei, sondern sämtliche muslimischen Länder und Dritte-Welt-Staaten auszubeuten. Der Zionismus sei letztlich für alle internationalen Konflikte verantwortlich. Mitbeteiligt als Handlanger seien dabei an erster Stelle die USA, Großbritannien sowie weitere westliche Staaten. Die jüdische Weltverschwörung reiche bis in die Türkei, wo die so genannten „Sabataycilar“⁸² das Land in den Abgrund führten. Die Idee einer politischen und ökonomischen Weltverschwörung der Juden findet sich bis heute auch in zahlreichen Artikeln der „Milli Gazete“. Hierin werden wiederholt Juden und Freimaurer sowie ihre so genannten Verbündeten für das Übel auf der Welt verantwortlich gemacht.

Auch die am 8. Dezember 2001 mit einem Vereinsverbot belegte Organisation „Kalifatsstaat“ bedient sich des Topos einer vermeintlichen ökonomischen und politischen Verschwörung der Juden. Trotz des Verbotes versucht sie, mit verringerter Intensität vom Ausland aus weiter antisemitische und antizionistische Propaganda zu verbreiten.

3.2.3 Mythos der „Verschwörung gegen den Islam“

Auf diesem vermeintlich unüberwindbaren Antagonismus zwischen dem „Westen“ und der islamischen Welt aufbauend, gehen antisemitisch begründete Positionen islamistischer Gruppierungen von einer gegen die Araber bzw. Muslime gerichteten Verschwörung Israels bzw. „der Juden“ aus. Schon bei Qutb finden sich zahlreiche weltverschwörerische Ideen, in deren Zentrum eine von Juden inszenierte vermeintliche Verschwörung gegen den Islam steht. Qutb hatte die Juden der – in der neugegründeten Türkei 1924 erfolgten – Auflösung des Kalifats sowie der Abschaffung der Scharia bezichtigt. Entsprechend hatte er ihnen vorgeworfen, im Rahmen eines erklärten Krieges

⁸¹ In der Charta wird in austauschbarer Form von „Juden“, „Zionisten“ oder einfach „den Feinden“ gesprochen.

⁸² So bezeichnen türkische Islamisten angeblich zum Islam übergetretene Juden. Sie meinen damit Vertreter der kemalistischen Elite, die den Laizismus also die staatliche Kontrolle der Religion hochhalten.

gegen die – seinerzeit als „islamisches Erwachen“ („al-Sahwa al-islamiya“) bezeichneten – islamistischen Bewegungen vorzugehen und wollte dies als einen Krieg gegen den Islam verstanden wissen.⁸³



Das jüdisch-amerikanisch-sowjetische „teuflische Wesen Dajjal“
(Buchcover von 1989)

Der Auflösung des Kalifats werden Juden auch in der HAMAS-Charta beschuldigt und HAMAS-Anhängern ein angeblich historisch begründeter islamischer Kampf gegen Juden als vermeintliche Pflicht auferlegt:

„Der jüngste Tag wird erst dann anbrechen, wenn die Muslime die Juden bekämpfen (und die Juden töten), wenn sich die Juden hinter Steinen und Bäumen verstecken. Die Steine und Bäume werden sagen, 'oh Muslime, oh Abdullah, hinter mir versteckt sich ein Jude, kommt und tötet ihn (...)'“⁸⁴

Von einer von „Juden“ und „Kreuzzüglern“ gegen „Muslime“ gerichteten Verschwörung geht auch das Terrornetzwerk „al-Qa'ida“ aus. So wird in dem von Usama Bin Ladin 1998 mitunterzeichneten Aufruf der „Islamischen Weltfront für den Jihad gegen Juden und Kreuzzügler“ ausgeführt, dass die USA seit mehr als sieben Jahren „die Länder des Islam in seinem heiligsten Territorium, der Arabischen Halbinsel,“ besetzt hätten und diese ausbeuteten. Darüber hinaus ginge die von einer „Allianz aus Kreuzzüglern und Juden“ gegen den Irak während des Golfkrieges 1991 gerichtete Aggression trotz enormer Verwüstung des Landes und rund einer Million Toten weiter. Bin Ladin behauptet, dass Kriege wie dieser zwar vor allem aus religiösen und wirtschaftlichen Motiven geführt würden, sie aber auch „dem Staat der Juden“ nützten, weil sie von der „Besatzung Jerusalems“ und dem „Mord an Muslimen“ ablenkten. Ziel der Zerstörung des Irak und der Schwächung der Staaten

⁸³ Vgl. Tibi (2003).

⁸⁴ HAMAS-Charta. Artikel 7. Vgl. auch ebenda Artikel 22.

der Region (Saudi-Arabien, Ägypten und Sudan) sei es, durch deren Spaltung das Überleben Israels und die Besatzung der Arabischen Halbinsel durch die „Kreuzzügler“ zu sichern.⁸⁵

Als ausdrückliches Kriegsziel legte der Aufruf fest, dass die „Kreuzzügler und Juden“ die Heiligen Stätten und das Territorium des Islam räumen müssten, so dass kein Muslim mehr von ihnen verfolgt werden könne. Bin Ladins Blut- und Bodenideologie zur Befreiung des „Landes der beiden Heiligen Stätten“ trägt trotz aller islamistischer Rhetorik stark regionalpolitisch und nationalistisch gefärbte Züge, und mit seinen Hasstiraden auf Amerikaner bedient er antiwestliche Ressentiments. Unzweideutig verwendet er in seiner gegen „die Juden“ gerichteten Polemik aber vor allem antisemitische Klischees.

3.2.4 Topos „Raub Palästinas“

Der so genannte „Raub Palästinas“ durch die Juden ist für alle arabischen islamistischen Gruppierungen der zentrale Topos innerhalb der konstruierten Mythen um eine jüdische Weltverschwörung. Zu den Gruppierungen, die diesen Topos besonders häufig und mit vehementer Militanz bemühen, gehört vor allem die HuT, die sich methodisch weitgehend der Entkontextualisierung von Koranversen bedient. Dies betrifft etwa Sure 60, Vers 9, aus der sie selektiv zitiert und die sie falsch übersetzt:

„Doch Gott verbietet euch, diejenigen, die euch des Glaubens wegen bekämpfen und euch aus euren Häusern vertrieben und euch geholfen haben, euch zu vertreiben, zu Verbündeten zu nehmen. Und wer sie zu Verbündeten nimmt – das sind wahrlich die Ungerechten.“

Auf die Sure folgt eine typisch islamistische Interpretation des Verses:

„So waren sie, und so werden sie immer bleiben. Diese Region und insbesondere die Bewohner Palästinas haben seit mehr als fünfzig Jahren unter ihrer Pein zu leiden. Die Märtyrerreaktionen, die gegenwärtig in Palästina gegen die Juden verübt werden, sind islamisch legitim. Ganz Palästina ist ein Kampf- und Schlachtfeld, gleichgültig, ob es sich um das Gebiet handelt, das die Juden seit 1948 oder später gewaltsam vereinnahmt haben.“⁸⁶

In dem selben Flugblatt vom 31. März 2002 nimmt die HuT Bezug auf Sure 8, Vers 72, in welchem es heißt: „Und suchen sie eure Hilfe, dann ist das helfen euere Pflicht.“ Auf die Zitierung dieser Sure folgt anschließend eine pseudoreligiös legitimierte Polemik:

„Ihr sollt das hässliche Judengebilde vernichten und den Ruhm des Islam und seine Geschichte der großen Führer wieder aufleben lassen. Tut ihr dies, werden eure Taten sowohl im Diesseits als auch im Jenseits in leuchtenden Buchstaben verzeichnet werden. Zögert ihr, müsst ihr die Bürde für das Schweigen tragen und wird euch die Erniedrigung und Schande im Diesseits und Jenseits treffen, und dies ist der wahre Verlust.“⁸⁷

⁸⁵ Vgl. Nass Bayan al-Jabha al-Islamiya al-Alamiya li-Jihad al-Jahud wa'l-Salibiyin. In: al-Quds al-Arabi vom 23. Februar 1998.

⁸⁶ Flugblatt der HuT vom 31. März 2002.

⁸⁷ Ebenda. Die Negation des Existenzrechts Israels und die Verbreitung antisemitischer Klischees („so werden sie immer bleiben“) waren Gründe für das Betätigungsverbot der HuT in Deutschland. In der Verbotsverfügung des Bundesministers des Innern vom 10. Januar 2003 mit Wirkung vom 15. Januar 2003 heißt es: „Die HuT spricht dem Staat Israel das Existenzrecht ab und verbreitet antijüdische und antizionistische Propaganda. Das Staatsvolk Israels und die Juden überhaupt werden als minderwertig dargestellt.“ Vgl. die Verbotsverfügung des Bundesministers des Innern vom 10. Januar 2003 mit Wirkung vom 15. Januar 2003. Bundesanzeiger 15. Januar 2003.

Die HAMAS geht über den Vorwurf des „Raubes Palästinas“ noch hinaus, indem sie den Juden unter Berufung auf die „Protokolle der Weisen von Zion“ unterstellt, sich ein Reich vom Nil bis zum Euphrat schaffen zu wollen:

„Das Komplott der Zionisten kennt keine Grenzen. Nach Palästina trachten die Zionisten danach, sich vom Nil bis zum Euphrat auszudehnen. Haben sie die von ihnen eingenommene Region erst einmal verdaut, trachten sie nach noch mehr Expansion und so weiter. Ihr Komplott ist (bereits) in den 'Protokollen der Weisen von Zion' enthalten (...)“⁸⁸

3.2.5 Vernichtung Israels und der Juden

An den Vorwurf des „Raubes Palästinas“ schließt sich bei islamistischen Gruppierungen der Ruf nach der Vernichtung der Juden an. Diese extreme Form eines stark antisemitisch konnotierten eliminatorischen Antizionismus wird durch Islamisten mit dem Verweis auf den Jihad begründet. Markantestes Beispiel für dieses ausschließlich militante Verständnis des Jihad ist der 1998 von Usama Bin Ladin mitunterzeichnete Aufruf der „Islamischen Weltfront für den Jihad gegen Juden und Kreuzzügler“, der sich – insbesondere vor dem Hintergrund der Terroranschläge des 11. September 2001 – wie eine frühe Legitimation des Massenmords im Namen des Jihad liest. Hierin hatte Bin Ladin vor allem die Tötung von Amerikanern und Juden zur vermeintlich individuellen Pflicht eines jeden Muslims erklärt und zugleich behauptet, sich in einem gerechten Verteidigungskampf gegen einen überlegenen Gegner zu befinden. In dem Aufruf heißt es wörtlich:

„Die Amerikaner und ihre Alliierten, Zivilisten und Militärs gleichermaßen, zu töten wo immer ihm dies auch möglich ist, ist eine individuelle Pflicht für jeden Muslim, der hierzu in der Lage ist, bis die Aqsa-Moschee [in Jerusalem] und die Heilige Moschee [in Mekka] von ihnen befreit sind und bis ihre Armeen das gesamte Territorium des Islam verlassen haben, geschlagen und unfähig, irgend einen Muslim noch zu bedrohen.“⁸⁹

Ähnlich wie „al-Qa’ida“ argumentiert auch die HuT. So heißt es beispielsweise in „Explizit“, die auf Sure 2, Vers 191 („Und tötet sie, wo immer ihr sie zu fassen bekommt, und vertreibt sie, von wo sie euch vertrieben haben!“) Bezug nimmt:

„Auf die zionistische Aggression in Palästina kann es nur eine Antwort geben: den Jihad. Allah der Erhabene befiehlt.“⁹⁰

Auch die Äußerungen der „Hizb Allah“ und ihres Generalsekretärs Nasrallah zur Vernichtung Israels und der Juden sind bezeichnend und stehen den 2005 getätigten Äußerungen des iranischen Staatspräsidenten Ahmadinedschad, dass der Staat Israel im Nahen Osten keinerlei Existenzberechtigung habe und aus den Geschichtsbüchern getilgt werden solle,⁹¹ in nichts nach.

⁸⁸ HAMAS-Charta. Artikel 32.

⁸⁹ In der Verlautbarung hieß es: „Das Urteil, die Amerikaner und ihre Alliierten, Zivilisten und Militärs gleichermaßen zu töten, wo immer ihm dies möglich ist, ist eine individuelle Pflicht für jeden Muslim, der hierzu in der Lage ist, bis die Aqsa-Moschee [in Jerusalem] und die Heilige Moschee [in Mekka] von ihnen befreit sind und bis ihre Armeen das gesamte Territorium des Islam verlassen haben, geschlagen und unfähig, irgend einen Muslim noch zu bedrohen.“ Vgl. Nass Bayan al-Jabha al-Islamiya al-Alamiya li-Jihad al-Jahud wa'l-Salibiyin. In: al-Quds al-Arabi vom 23. Februar 1998. Eine englische Übersetzung findet sich im Internet unter: <http://www.fas.org/irp/world/para/docs/980223-fatwa.htm>.

⁹⁰ Wie lange noch? In: Explizit Nr. 30/2002, S. 4.

⁹¹ Vgl. The Middle East Media Research Institute (MEMRI) (2005): Special Dispatch (2. November.2005).

Die „Hizb Allah“ fordert unzweideutig zur Vernichtung Israels auf und stellt ihren Anhängern bei erfolgreichem Kampf die Nichtexistenz des israelischen Staates in Aussicht. So heißt es in einem Kampflied der von „al-Manar“ 2003 ausgestrahlten Sendereihe „Fackeln auf dem Weg nach Jerusalem“, die auf die Anwerbung von Selbstmordattentätern sowie auf die nachträgliche Rechtfertigung von Anschlägen abzielt:

*„O Schwester, dein Ring ist der Sprenggürtel!
Wir treffen uns in der Ewigkeit des Himmels
Ihnen [den Israelis] gebührt die Verachtung in der Hölle
Ihr [der Schwester] Herz wird immer für den Jihad schlagen!
Ich bin nicht tot, ich werde stets [alle] Grenzen durchbrechen
Mit menschlichen Bomben, die die Juden auslöschen!
Und [werde] den Herzen der Aggressoren den Schrecken einpflanzen!
Israel wird in seiner ganzen Existenz vergehen!
Vernichtet die jüdischen Soldaten auf jedem Fußbreit Boden!“⁹²*

⁹² al-Manar am 22. Januar 2003.

4 LINKSEXTREMISMUS

4.1 Akteure

Der „antifaschistische Kampf“ und damit der Kampf gegen den Antisemitismus gehört zu den wichtigsten Ideologie- und Aktionsfeldern des Linksextremismus. Da die Opposition zum Rechtsextremismus und der Antirassismus wichtige Legitimationsressourcen des linksextremistischen Spektrums darstellen, ist ein offenes Bekenntnis zu einem antisemitischen Programm im Linksextremismus unwahrscheinlich.⁹³ Allerdings existiert im linksextremistischen Spektrum seit geraumer Zeit ein Streit über den Antisemitismus. Hintergrund dafür sind ideologische Differenzen zwischen den einzelnen Gruppierungen. Dabei spielt der Kampf um die Legitimationsressource des „antifaschistischen Kampfes“ innerhalb des linksextremistischen Spektrums eine große Rolle. Der Streit darüber, wer den „wahren“ Kampf gegen den Rechtsextremismus führt, hat eine Instrumentalisierung des Antisemitismus-Vorwurfes zur Folge. Dieser Vorwurf wird vor allem in der Auseinandersetzung um den Nahost-Konflikt benutzt, um bestimmte Positionen zu desavouieren. Allerdings lassen sich in der Auseinandersetzung über die Bewertung des Nahost-Konfliktes vereinzelt auch Positionen belegen, bei denen Anzeichen für antisemitische Einstellungen vorhanden sind. Dies betrifft vor allem historische Vergleiche Israels mit dem Dritten Reich. Hinter dieser Auseinandersetzung stehen antizionistische Aussagen deutlich zurück. Israel wird aus der im linksextremistischen Spektrum vorherrschenden kritischen Einstellung gegenüber dem Staat zum Teil ausgenommen.

Die Auseinandersetzung um den Antisemitismus-Vorwurf ist nicht an einzelne Organisationen oder Gruppierungen gebunden, sondern orientiert sich weitgehend an der Trennlinie zwischen Unterstützern der palästinensischen Seite im Nahost-Konflikt („Antiimperialisten“ oder „Anti-Zionisten“) und denjenigen, die Israel als Staat der Juden unterstützen („Anti-Deutsche“ oder „Zionisten“).

4.1.1 *Anti-Deutsche und Antifa*

Die anti-palästinensische Position wird von keiner festen Organisationsstruktur getragen, sondern von einer Anzahl mehr oder weniger eng in Kontakt stehenden Aktivisten. Dabei handelt es sich zum einen um ehemalige Angehörige so genannter K-Gruppen (insbesondere des „Kommunistischen Bundes“). Im Zentrum ihres Interesses stehen nicht etwa die Kernbereiche linksextremistischer Agitation wie Antikapitalismus, Antirassismus oder Sozialabbau, sondern die Auseinandersetzung mit anderen linksextremistischen Gruppen über den Nahost-Konflikt. Die anti-palästinensische Position im linksextremistischen Spektrum ist eng mit der so genannten anti-deutschen Ideologie verbunden.⁹⁴ Anti-deutsche Positionen werden in den Zeitschriften „konkret“ aus Hamburg sowie „Bahamas“ und „Jungle World“ aus Berlin veröffentlicht.

⁹³ Diese Feststellung schließt auf der anderen Seite antisemitische Einstellungen bei Linksextremisten nicht aus. Allerdings liegen keine Hinweise dafür vor, dass antisemitische Stereotype ein durchgängiges Phänomen sind. Vgl. Günther Ginzel (1991): Antisemitismus von Rechts. Zur Funktion des Antisemitismus in der rechtsextremen Literatur. In: Ders. (Hg.): Antisemitismus. Erscheinungsformen der Judenfeindschaft gestern und heute. Bielefeld, S. 269 - 284.

⁹⁴ Vgl. Kap. 4.2.1. Vgl. Martin Kloke (2004): Antizionismus und Antisemitismus als Weltanschauung? Tendenzen im deutschen Linksradikalismus und -extremismus. In: Bundesministerium des Innern, Extremismus in Deutschland. Berlin, S. 163 - 196, hier S. 184 f.

Zum anderen engagieren sich einige Antifa-Gruppierungen zunehmend in der Israel-Palästina-Debatte. Diese Gruppen haben ihren Schwerpunkt im Bereich der Agitation gegen tatsächliche oder vermeintliche Rechtsextremisten. Das Engagement für Israel wird in diesem Kontext legitimiert: der Staat Israel sei der Staat der Opfer des Faschismus, deswegen sei eine Unterstützung Israels Pflicht der deutschen Linken. Hier grenzen sich die „Anti-Deutschen“ scharf von jenen Linksextremisten ab, die pro-palästinensische Positionen vertreten:

„Opfer des Antisemitismus sind und bleiben die Juden in Deutschland und weltweit. Ihre Feinde nennen sich allesamt Antiimperialisten, da nehmen sich die Fatah oder die Hamas, die NPD oder die AIK (Antiimperialistische Koordination), die Junge Welt oder die Nationalzeitung und die Veganen in der Hamburger Roten Flora nichts.“⁹⁵

Die linksextremistische Szene insgesamt, insbesondere aber die Antifa-Gruppen sind in der Positionierung im Israel-Palästina-Konflikt stark zerstritten:

„Die Spaltung zwischen so genannten antideutschen und antiimperialistischen Antifaschisten existiert nun schon seit einigen Jahren. Diese Spaltung hat sich am Anfang der Auseinandersetzungen weder in organisatorischer, noch unbedingt in inhaltlicher Trennung der beiden Antipoden widerspiegelt. Doch nun wurde auf unterschiedlichen linken Events die Trennung mehrmals vollzogen (...)“⁹⁶ (Fehler im Original)

Antifa-Gruppierungen mit anti-deutschen Positionen sind beispielsweise „Kritik und Praxis Berlin“ sowie einige Gruppen aus dem Osten Berlins (z. B. „Autonome Antifa Nordost“: „Wir sind antinational – israelsolidarisch – revolutionär“⁹⁷). Anti-deutsche Gruppierungen beteiligten sich maßgeblich an der Demonstration „Für Israel und sein Recht auf Selbstverteidigung“ am 28. Juli 2006 in Berlin.

4.1.2 Antiimperialisten

Auch hinter strikt antizionistischen Positionen steht keine einheitliche Organisationsstruktur. Sie werden vorrangig im orthodox kommunistischen Parteienspektrum, von trotzkistischen Organisationen sowie in den antiimperialistisch geprägten Teilen der undogmatischen linksextremistischen Szene vertreten. Diesen Standpunkt repräsentieren unterschiedliche Gruppierungen wie das „Gegeninformationsbüro“ (GIB), „libertad!“, „Arbeitermacht“, „Linksruck“ sowie die „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP). Eine einheitliche ideologische Basis für diese Positionen stellt die Imperialismustheorie Lenins dar. Darüber hinaus sind vermutlich viele linksextremistische Gruppierungen auch heute noch durch den 1952 vollzogenen Politikwechsel der damaligen Sowjetunion gegenüber Israel beeinflusst. Hatte die Sowjetunion 1947/48 die Gründung des Staates Israel begrüßt, so vollzog sie im Rahmen des Kalten Krieges eine Trendwende und positionierte sich auf Seiten der arabischen Staaten.

Das GIB und „libertad!“ begründen ihre pro-palästinensische Position in der Tradition des antiimperialistischen Spektrums der 70er Jahre, zu dem vor allem die „Bewegung 2. Juni“ und die

⁹⁵ Stellungnahme der Redaktion Bahamas zu den Vorfällen bei einer Demonstration am 31. Januar 2004 in Hamburg, auf dem anti-deutsche Teilnehmer von linksextremistischen Demonstranten attackiert wurden. Internetauftritt der Redaktion Bahamas, Aufruf am 30. Oktober 2006.

⁹⁶ Die Antifa ist tot, es lebe die Antifa. Erklärung der Autonomen Antifa Nordost Berlin. Internetauftritt der „Autonomen Antifa Nordost“, Aufruf am 19. März 2004.

⁹⁷ Ebenda.

„Rote Armee Fraktion“ (RAF) gehörten. „libertad!“ setzt sich für die inhaftierten RAF-Mitglieder und somit für die bekannteste antiimperialistische Terrorgruppe ein, die in den 70er Jahren zur PLO Kontakte hatte.

Die DKP entwickelt ihre pro-palästinensische Haltung aus einer „orthodoxen“ antiimperialistischen Ideologie. Sie setzte sich schon zur Zeit des Ost-West-Konflikts für die weltweite Implementierung des Staatssozialismus nach sowjetischem Vorbild ein und sah seinerzeit in der Unterstützung der Palästinenser durch die Sowjetunion eine legitime Solidarität mit einem Volk in seinem Kampf gegen den imperialistischen Klassenfeind (Israel/USA). Diese Unterstützung der Palästinenser durch die DKP in der linksextremistischen Szene Berlins hat den Untergang des staatssozialistischen Antimperialismus überdauert, auch wenn sich die DKP ideologisch gewandelt hat. Diese Position in Bezug auf die Solidarität mit den Palästinensern gilt analog auch für die „Gruppe Neue Einheit“ (GNE).

„Linksruck“ ist Teil eines internationalen Verbundes „International Socialist Tendency“ mit Hauptsitz in London und verbindet anti-israelische und anti-amerikanische Positionen mit einem trotzkistischen Weltbild.

Trotz ideologischer Differenzen zwischen den Organisationen kooperieren diese anlassbezogen. So organisierten „Linksruck“, GIB und „libertad!“ zum Beispiel am 16. März 2002 in Berlin zusammen mit einer palästinensischen Organisation eine pro-palästinensische Demonstration mit der Parole „Palästina muß leben“. Es beteiligten sich ca. 3 000 Teilnehmer. Auch auf der Anti-Israel-Demonstration unter dem Motto „Schluss mit den Bombardements – Hände weg vom Libanon – Freiheit für Palästina“ am 29. Juli 2006 in Berlin waren diese Gruppe zahlreich vertreten. Dabei waren Plakate der Gruppe „Linksruck“ neben Bildern des Hisbollah-Führers Nasrallah zu sehen. Trotz dieses gemeinsamen Auftretens sind keine strukturellen Ansätze einer kontinuierlichen Zusammenarbeit zwischen Linksextremisten und palästinensischen Organisationen in Berlin erkennbar.

4.2 Inhalte

4.2.1 Nahost-Konflikt: Anti-palästinensische Position

Die anti-palästinensische Haltung im linksextremistischen Spektrum ist eng mit der so genannten antideutschen Ideologie verbunden, die sich erst in den 90er Jahren entwickelte. Grundannahme der „antideutschen“ Ideologie ist der angeblich in allen Deutschen angelegte Hang zum Faschismus. Diese Faschismus-Affinität der Deutschen sei nicht nur verantwortlich für den Holocaust, sondern könne auch jederzeit wieder ausbrechen:

„Jene, die den Kapitalismus in weltweitem Rahmen bekämpfen wollen, ohne Deutschland einer spezifischen Kritik auszusetzen, übersehen, dass gerade deutsche Identität Herrschaft, Verwertung und Vernichtung meint, die in äußerster Konsequenz zu den Leichenbergen der beiden Weltkriege und von Auschwitz führte und weitere produzieren könnte.“⁹⁸

⁹⁸ Gründungspamphlet der Antideutschen Kommunisten. Internetauftritt der „Antideutschen Kommunisten Berlin“, Aufruf am 30. Oktober 2006.

Aufgrund dieser quasi-biologischen Faschismus-Disposition⁹⁹ sei die deutsche Linke dazu verpflichtet, den Staat Israel als Staat der Juden und als Heimstätte der größten Opfergruppe des Nationalsozialismus uneingeschränkt zu unterstützen. Dies ist in der Logik der „antideutschen“ Ideologie die einzig richtige Lehre aus der deutschen Geschichte. Die Feindschaft gegenüber Deutschland reicht zum Teil bis zum Wunsch der physischen Zerstörung.¹⁰⁰

Wegen der Anfälligkeit der Deutschen für den Faschismus ist aus Sicht der „Anti-Deutschen“ auch starkes Misstrauen gegenüber der deutschen Linken angebracht. Auch im linken Spektrum gebe es einen weit verbreiteten Antisemitismus. Israel sei als Staat der Juden insbesondere von deutschen Antifaschisten aber bedingungslos zu unterstützen:

„Nur verkennen die linken Israel-KritikerInnen, daß Kritik-an-Israel-üben zur Zeit die Art ist, mit der sich Antisemitismus in Deutschland äußert und verbreitet.“¹⁰¹

„(...) anders als vielleicht noch 1987 handelt es sich bei der so genannten Al-Aqsa-Intifada (...) um eine geplante und koordinierte antisemitische Guerilla, deren Ziel es ist, den Feind zu vernichten, d. h. die Existenz Israels zu beenden und zu diesem Zweck so viele Juden wie möglich zu ermorden.“¹⁰²

„Die undifferenzierte Forderung eines ‚Rückkehrrechts für die Palästinenser‘ ist vor diesem Hintergrund nicht als Lösung der Flüchtlingsfrage im Nahen Osten zu sehen, sondern als politischer Kampfbegriff. In letzter Konsequenz bedeutet er eine Infragestellung des Status Israels als jüdischem Staat, oder zugespitzt: eine verklausulierte Art, die Auflösung des jüdischen Staates Israel zu fordern.“¹⁰³

Aufgrund ihrer pro-israelischen Haltung begrüßten „antideutsche“ Linksextremisten das Vorgehen der USA gegen den Irak. Diese Position traf im weiteren linksextremistischen Spektrum auf scharfe Kritik.

Die mit Hilfe der „antideutschen“ Ideologie gerechtfertigte Unterstützung Israels bricht ein linksextremistisches Tabu, da Nationalstaaten grundsätzlich als Ausdruck von Herrschaft und struktureller Unterdrückung gelten. Durch das Mitführen von Israel- und USA-Fahnen auf Demonstrationen sehen sich Vertreter der anti-palästinensischen Position teilweise offener Aggression anderer Linksextremisten ausgesetzt. Immer häufiger kommt es zu gegenseitigen Provokationen, die sogar in Gewalttaten münden.

So wurde auf einer Demonstration am 31. Januar 2004 in Hamburg eine Berliner Gruppe anti-deutscher Antifas von Mitdemonstranten angegriffen, weil sie versuchten, mit Israel- und USA-Fahnen an die Spitze des Demonstrationzugs zu gelangen. Bisheriger Höhepunkt der gewalttätigen

⁹⁹ Vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz (2004): Massiver ideologischer Streit zum Nahost-Konflikt unter Linksextremisten. In: Bundesministerium des Innern, Extremismus in Deutschland. Berlin, S. 197 - 210, hier S. 204.

¹⁰⁰ Auf einem Transparent einer Antifa-Gruppierung auf der Revolutionären 1. Mai 2003 Demonstration (18.00 Uhr) wurde die erneute Bombardierung Deutschlands wie im Zweiten Weltkrieg gefordert: „Bomber Harris says: I would do it again. We say: Do it now.“ (Mit „Bomber Harris“ ist der englische Marschall Arthur Harris gemeint, der die Bombardierung Dresdens befahl). Der positive Bezug auf „Bomber Harris“ wird von antideutschen Gruppen regelmäßig verwendet, so auch anlässlich der Demonstrationen am 12./13. Februar 2005 zum 60. Jahrestag der Bombardierung Dresdens.

¹⁰¹ Das Problem ist Antisemitismus. In: Interim Nr. 550/2002, S. 3 - 4, hier S. 4.

¹⁰² Zur Kritik an der Palästina-Solidarität – Antisemitismus in der deutschen Linken. Stellungnahme der Antisemitismus AG der Gruppe „subcutan“. Internetauftritt von „subcutan“, Aufruf am 19. März 2004. Vgl. dies. Internetauftritt von „trendonline“, Aufruf am 30. Oktober 2006.

¹⁰³ Ebenda.



Auseinandersetzungen innerhalb der linksextremistischen Szene war eine Messer-Attacke auf einen Angehörigen einer anti-deutschen Gruppe durch einen anderen Linksextremisten während des Karnevals der Kulturen in Berlin-Kreuzberg am 30. Mai 2004.

Unter anderem als Reaktion auf diesen Vorfall demonstrierten antideutsche Linksextremisten am 10. Juli 2004 „gegen den antizionistischen Konsens“¹⁰⁴ in Kreuzberg und Neukölln. Adressaten dieses Protests waren in erster Linie andere Linksextremisten:

„Die Antideutschen führen solche Provokationen durch, weil sie hoffen, berechtigten Zorn von Immigranten und Linken auszulösen und den Bullen so eine Rechtfertigung zu liefern, diese zu verprügeln und zu verhaften.“¹⁰⁵

4.2.2 Nahost-Konflikt: Pro-palästinensische Position

Die pro-palästinensische Position bezieht sich im Vergleich zur anti-palästinensischen Position nicht so sehr auf die angeblichen Eigenschaften der Deutschen, sondern auf die Situation im Nahen Osten. Ein Konglomerat von ehemaligen „Anti-Imperialisten“ und orthodoxen Kräften hält Israel für die imperialistische Speerspitze der Vereinigten Staaten im Nahen Osten. Mittels Rüstungshilfe aus den USA sei Israel ein Vorposten des Kapitalismus in einer ansonsten noch nicht von der Marktwirtschaft degenerierten arabischen Gesellschaft.¹⁰⁶

„Die imperialistischen Großmächte, allen voran die USA, haben das zionistische Projekt zur Gründung unterstützt, um einen militärischen Vorposten zur Kontrolle des ölreichen und strategisch wichtigen Nahostens errichten zu können.“¹⁰⁷

Imperialismus meint dabei die Erweiterung und Sicherung der Einflussosphäre westlicher Staaten und transnationaler Unternehmen. Insbesondere in Südamerika (z. B. Nicaragua oder El Salvador), in Kurdistan oder auch im Nahen Osten (Palästina) waren und sind nach Meinung der „Anti-Imperialisten“ die Großmacht USA oder ihre Verbündeten dabei, nicht-kapitalistische Stammesstrukturen zu zerschlagen. Palästinensische Gewalt gegen israelische Zivilisten wird in diesem Kampf gegen die israelischen Besatzer als „legitimer Kampf“¹⁰⁸ betrachtet und als Akt der Verzweiflung gerechtfertigt:

„Die Palästinenser können auch ihrerseits kaum etwas anderes tun, als bei den Gewaltanwendungen der israelischen Zionisten verstärkt mit Selbstmordkommandos und anderen Grausamkeiten unter der Zivilbevölkerung zurückzuschlagen.“¹⁰⁹

¹⁰⁴ Vgl. u. a. Demonstrationsaufruf. Internetauftritt der Redaktion Bahamas, Aufruf am 30. Oktober 2006.

¹⁰⁵ Flugblatt der Spartakist-Jugend gegen den Aufmarsch der antideutschen Gruppen vom 10. Juli 2004.

¹⁰⁶ Vgl. Jan Maass (2003): Frieden in Nahost: In weiter Ferne? In: Linksruck Nr. 146/2003.

¹⁰⁷ Die zionistische/imperialistische Okkupation beenden – Freiheit für Palästina!. Internetauftritt der „Volkswiderstandsbewegung der Welt“ (WPRM), Aufruf am 28. September 2006.

¹⁰⁸ Stoppt Israels Aggression! Solidarität mit dem Widerstand! Flugblatt der Gruppe „Arbeitermacht“ vom 12. August 2006.

¹⁰⁹ Das Schicksal der Palästinenser und das Jahr 1982. Internetauftritt der GNE, Aufruf am 28. September 2006.

An dieser Stelle treten in der Agitation der „Anti-Imperialisten“ antisemitische Stereotype auf. So wird Israel mit dem nationalsozialistischen Deutschland verglichen. Beispielhaft für diesen Vergleich ist ein Zitat aus der Publikation „Linksruck“:

„Im Holocaust waren vor allem Juden die Opfer des bisher schlimmsten Verbrechens der Menschheitsgeschichte. Damit Nazis nie wieder stark werden können, wollen wir überall jede Art der Unterdrückung bekämpfen. Die Palästinenser werden seit Jahrzehnten unterdrückt – vor 1948 von Kolonialmächten, seitdem von Israel.“¹¹⁰

Diese Argumentation dient der Delegitimierung des jüdischen Staates. In einigen linksextremistischen Publikationen wird Israel die Schuld am wachsenden Antisemitismus gegeben.¹¹¹ Die GNE geht in ihrer Argumentation sogar noch weiter, indem sie den Zionismus als Lehrmeister des Nationalsozialismus bezeichnet; damit macht sie indirekt den Zionismus für die nationalsozialistischen Verbrechen verantwortlich.

„Der Zionismus war sogar für andere rassistische Bewegungen Vorbild und Taktgeber, auch der 1921 geschaffene Nazifaschismus hat viel davon gelernt. Und nach diesen Prinzipien handelt Israel noch heute.“¹¹²

Durch diese Verquickung Israel/Antisemitismus wird eine Äquivalenz Israel-Juden gezogen. Auch wenn diese Meinung im Linksextremismus nicht weit verbreitet ist, ist sie in orthodoxen Kreisen und insbesondere bei „Linksruck“ sporadisch wahrnehmbar.

¹¹⁰ Jan Maass (2003): Frieden in Nahost: In weiter Ferne? In: Linksruck Nr. 146/2003.

¹¹¹ Israel: Bollwerk gegen Antisemitismus? In: Linksruck Nr. 100/2000.

¹¹² Der Krieg Israels in dem Libanon – und seine Konsequenzen. Internetauftritt der GNE, Aufruf am 28. September 2006.

5 FUNKTIONEN DES ANTISEMITISMUS

Der Überblick über Akteure und Inhalte zeigt, dass der Antisemitismus im extremistischen Spektrum weit verbreitet ist. Der Antisemitismus erfüllt offenbar bestimmte Funktionen. Hinsichtlich dieser Funktionen des Antisemitismus zeigen sich im Vergleich der drei extremistischen Spektren sowohl Ähnlichkeiten als auch Unterschiede.

5.1 Integrationsfunktion

5.1.1 *Verständigungscode nach innen*

In allen drei extremistischen Spektren kommt dem Antisemitismus eine identitätsstiftende Funktion zu. Er dient der Abgrenzung zu anderen politischen Spektren. Dies kann sowohl eine positive Abgrenzung (Bejahung des Antisemitismus im Rechtsextremismus, zum Teil Ausländerextremismus) oder aber eine negative Abgrenzung (strikte deklaratorische Ablehnung des Antisemitismus im Linksextremismus) sein. Diese gemeinsame Positionierung zu „den Juden“ taucht in der szenen-internen Kommunikation fortlaufend auf.

Besonders deutliche Beispiele liefert hier der Rechtsextremismus. Obwohl das rechtsextremistische Lager keine einheitliche Ideologie besitzt und Richtungskämpfe zwischen nationalkonservativen, nationalsozialistischen oder nationalrevolutionären Strömungen zur Tagesordnung gehören, gehört der Antisemitismus zum Kernbestand aller rechtsextremistischen Strömungen.¹¹³ In der Kommunikation der Rechtsextremisten untereinander stellt der Antisemitismus eine Art kleinsten gemeinsamen Nenner dar. Antisemitische Äußerungen dienen als Verständigungscode, der eine ausführlichere Synchronisation von Positionen abkürzt.

Ein Beispiel für diese Funktion als Verständigungscode bot die Webseite der KTB. Im Laufe des Jahres 2003 war dort mehrere Wochen lang kommentarlos die abgebildete Karikatur mit dem Namen „Jude.jpg“ eingestellt. Die Abbildung des Feindbildes „Jude“ dient offenbar der Herstellung einer gemeinsamen Kommunikationsbasis: Die Karikatur erspart es den Betreibern der Homepage, ihre Ideologie im Einzelnen darzustellen: das gemeinsame Feindbild schafft eine gemeinsame Verständigungsbasis.

Eine ähnliche Funktion erfüllen die Avatare¹¹⁴ von Teilnehmern des „Wikinger-Forum“, einem an den Musikversand „Wikinger-Versand“ angeschlossenen Chat-Forum. Das Forum dient Rechtsextremisten zur



szenen-internen Kommunikation über Politik, Musik u. ä. Die unten abgebildeten Avatare zeigen antisemitische Symbole, zum Teil in abgewandelter Form. Durch die Verwendung der Abkürzung

¹¹³ Vgl. Juliane Wetzel (1995): Antisemitismus als Element rechtsextremer Ideologie und Propaganda. In: Wolfgang Benz (Hg.): Antisemitismus in Deutschland. Zur Aktualität eines Vorurteils. München. S. 101 - 120, hier S. 101. Vgl. auch Ginzler (1991), S. 269.

¹¹⁴ „Avatare“ sind künstliche Bildschirmgestalten eines Teilnehmers an Computerspielen oder Internet-Gesprächsforen. Ein „Avatar“ verkörpert den Teilnehmer in einer Phantasie-Gestalt.

„ZOG“ („Zionist Occupied Government“) oder die Anspielung auf den NS-Propaganda-Film „Der ewige Jude“ positioniert sich der Chat-Teilnehmer als Neonazi.



5.1.2 Abgrenzung nach außen

Neben der Herstellung einer gemeinsamen Kommunikationsbasis dient der Antisemitismus auch zur Heraufbeschwörung eines Bedrohungsszenarios, das integrierend wirkt. Der Rechtsextremismus braucht zur Begründung seines Programms notwendigerweise die Vorstellung der Bedrohung des eigenen ethnischen Kollektivs: Das Volk oder die Rasse werden durchgängig als vom Untergang bedroht dargestellt. Bergmann/Erb unterscheiden drei verschiedene „Bedrohungsdimensionen“, die vom Rechtsextremismus beschworen werden:

- ⇒ Die Übertragung des anglo-amerikanischen Demokratiemodells auf Deutschland,
- ⇒ die multikulturelle Gesellschaft bzw. Einwanderung und
- ⇒ die „Vergiftung“ der deutschen Geschichte durch die kritische Aufarbeitung der Vergangenheit.¹¹⁵

Das Judentum als Feinbild ist in allen drei Dimensionen vorhanden.¹¹⁶ Ein Beispiel für das Bedrohungsszenario ist folgender Text aus dem „Berlin-Brief“:

„Wir wollen unser Deutschtum erhalten und wehren uns energisch gegen jede weitere Dominanz jüdischer Ideen, Fremdkulturen und Umerziehung. Deutschland muß wieder frei werden, aber nicht mit dem Judentum. Deutsche Menschen sind weder Leibeigene der Bonner Prosyeten noch sind sie Untertanen des Judentums. Das deutsche Volk will die Freiheit die ihm nach dem 2. Weltkrieg versprochen wurde.“¹¹⁷

5.2 Dissoziationsfunktion

Der Antisemitismus erfüllt neben der integrativen Funktion auch eine dissoziative, indem er als „Streitmittel“ in der Auseinandersetzung mit dem politischen Rivalen innerhalb des eigenen politischen Spektrums benutzt wird. Im Ausländer- und Rechtsextremismus dient der Vorwurf, jemand sei „jüdisch kontrolliert“, zur umfassenden Delegitimierung des politischen Rivalen. Szenehändler, die rechtsextremistische CDs zu hohen Preisen anbieten, werden in der rechtsextremistischen Szene vor allem von den konkurrierenden Händlern als „Juden“ bezeichnet. Beispielhaft für die Auseinandersetzung im Ausländerextremismus ist der Streit zwischen ICCB¹¹⁸

¹¹⁵ Vgl. Bergmann/Erb (1996), S. 330 f.

¹¹⁶ Vgl. ebenda, S. 331.

¹¹⁷ Berlin-Brief. Internetauftritt des Berlin-Briefs, Aufruf am 9. März 2004.

¹¹⁸ Vgl. zum ICCB Senatsverwaltung für Inneres (2004b): Verfassungsschutzbericht 2003. Berlin, S. 224.

und Erbakan. Der ICCB hetzte gegen Erbakan, indem er ihn als Teil der jüdischen Verschwörung darstellte:

„Erbakan kleidet sich in jüdischen Geschäften ein, er schließt Abkommen mit den Juden, er beteiligt Juden an Ausschreibungen auf militärischem Gebiet, er erlaubt, dass jüdische Flugzeuge im Luftraum über Konya ihre Übungen abhalten, er unterschreibt Wirtschaftsabkommen mit Juden. Später betont er seine Feindschaft gegenüber den Juden. Was ist das für eine Feindschaft? (...) Die Politik Erbakans basiert auf der Ausbeutung der Muslime und ihrer Wertevorstellungen. Es gibt keinen Zweifel daran, dass Erbakan die islamische Religion ausbeutet. Ich weiß nur nicht, ob Erbakan bewusst oder unbewusst als Werkzeug des Zionismus fungiert.“¹¹⁹

Im linksextremistischen Spektrum kommt dem Diskurs über den Antisemitismus eine ähnliche Funktion zu. Der Vorwurf, Antisemit zu sein, wiegt im linksextremistischen Spektrum ähnlich schwer wie der des Rassismus. In einem Milieu, das eine Wesenszuschreibung aufgrund religiöser, ethnischer oder sozialer Herkunft oder Zugehörigkeit rigide ablehnt und die Egalität aller Menschen betont, ist offener Antisemitismus ein klares Ausgrenzungskriterium. Im Streit um die Definition des „wahren Links-Seins“ zielt der Vorwurf des Antisemitismus direkt gegen die „linksextremistische Identität“ der Angegriffenen. Die Auseinandersetzung zwischen „Anti-Deutschen“ und „Anti-imperialisten“ trägt so entscheidend zur Zerstrittenheit der linksextremistischen Szene in Berlin bei. In dieser Auseinandersetzung geht es nie um das Verhältnis von Juden und Nichtjuden oder antisemitische Stereotype, sondern primär um die Bewertung des Nahostkonflikts aus linksextremistischer Perspektive. Wie wichtig die Auseinandersetzung um den Antisemitismus-Vorwurf ist, zeigen sowohl die emotionalisierte Debatte innerhalb des Linksextremismus als auch vereinzelt tätliche Auseinandersetzungen zwischen „Antiimperialisten“ und „Anti-Deutschen“.

5.3 Sündenbock-Funktion

Eine dritte Funktion des Antisemitismus ist die des „Sündenbocks“: die Schuld am eigenen Versagen wird externalisiert und „den Juden“ in die Schuhe geschoben. Sowohl im Ausländer- als auch im Rechtsextremismus gibt es hierfür Beispiele. Für das Scheitern des deutschen Nationalstaates im 18./19. Jahrhundert und dessen Katastrophe im 20. Jahrhundert machen Rechtsextremisten die Juden verantwortlich.¹²⁰ Ein weiterer typischer Vorwurf in diesem Zusammenhang ist die angebliche Schuld der Juden am zweiten Weltkrieg. Deutschland wird hier als Opfer einer internationalen (jüdisch gesteuerten) Verschwörung dargestellt. So heißt es in dem Artikel „Zur heilsgeschichtlichen Lage des Deutschen Reiches“ des DK:

„(...) der von dem jüdischen Weltkongress schon im März 1933 dem Deutschen Reich erklärte Krieg mit den mehr als 60 Millionen Kriegstoten [ist] einzig und allein zur Verteidigung der Weltmacht des Geldes, also der Weltherrschaft der Juden, mit dem Ziel der totalen Vernichtung des Deutschen Reiches angezettelt worden.“¹²¹

Bei den Ausländerextremisten bezieht sich diese Sündenbock-Funktion weniger auf den Nahost-Konflikt, als auf die Entwicklung laizistischer Staaten in der muslimischen Welt. Insbesondere die

¹¹⁹ Beklenen Asr-i Saadet Nr. 84/2002.

¹²⁰ Vgl. Bergmann/Erb (1996), S. 341.

¹²¹ Aufstandsplan. Art. 113. Internetauftritt des DKs, Aufruf am 9. März 2004.

Entstehung der modernen Türkei interpretieren Islamisten als krasse Fehlentwicklung. Hinter den laizistischen Kemalisten vermuten Islamisten die Juden – sie seien verantwortlich zu machen für Kemal Atatürks Erfolg. Diese Sündenbock-These geht auf Qutb zurück. Qutb hatte die Juden der – in der neugegründeten Türkei 1924 erfolgten – Auflösung des Kalifats sowie der Abschaffung der Scharia bezichtigt. Entsprechend hatte er ihnen vorgeworfen, im Rahmen eines erklärten Krieges gegen die islamistischen Bewegungen vorzugehen und wollte dies als einen Krieg gegen den Islam verstanden wissen:

„Hinter jeder spaltenden Tat in Bezug auf das letzte islamische Kalifat und hinter dessen Auflösung sowie hinter der Abschaffung der Scharia (...) durch den ‚Helden‘ Atatürk, stand stets ein Jude.“¹²²

Die kemalistische Elite der Türkei wird im Sinne dieser Schuldzuweisung von Islamisten als „Sabataycilar“ bezeichnet, als angeblich zum Islam übergetretene Juden.

5.4 Vereinfachungsfunktion

Viertens dient der Antisemitismus zur Reduzierung von Komplexität. Politische und gesellschaftliche Entwicklungen wie die Modernisierung oder Globalisierung werden nicht in ihrer Vielschichtigkeit und Widersprüchlichkeit wahrgenommen, sondern als ein von einer kleinen Gruppe Mächtiger gesteuerter zielgerichteter Prozess. Beispielhaft dafür ist die Personalisierung der Globalisierung. Im rechtsextremistischen Spektrum werden Codewörter wie „Wallstreet“, „Ostküste“, „Weltjudentum“ oder „Finanzjudentum“ verwendet. Diese angebliche jüdische Weltverschwörung ist der Grundbaustein des rechtsextremistischen Antisemitismus. Das Ziel des Judentums sei nichts weniger als „die unangefochtene jüdische Welthirtschaft.“¹²³

Widersprüche oder sich eigentlich ausschließende Thesen können mit der jüdischen Verschwörung geradezu als Beweis für die Richtigkeit der eigenen These angeführt werden. Ein Beispiel für diese beliebige Dehnbarkeit des Verschwörungsgedankens bietet der „Berlin-Brief“. Dort werden kurzerhand sowohl die kapitalistische Großmacht USA als auch ihr Erzfeind im Ost-West-Konflikt – die kommunistische Großmacht Russland/Sowjetunion – als Projekte der jüdischen Verschwörung dargestellt:

„(...) so sieht man auch die Juden nicht. Deshalb ist Vorsicht geboten gegenüber Rußland und Amerika. Nur weil man die ‚Rote Fahne‘ nicht mehr sieht, glaubt man der Bolschewismus ist auch weg. Der Jude ist überall!“¹²⁴ (Fehler im Original)

In der rechtsextremistischen Szene kursieren deswegen eine Vielzahl von „Enthüllungsbüchern“. Vor allem die Verlage rechtsextremistischer Parteien legen ihren Lesern die Lektüre solcher Werke nahe. Beispielhaft dafür sind die „Aktuellen Empfehlungen“ des Verlags der „Deutschen Stimme“:

„Das Netz. Israels Lobby in Deutschland. Einflussreiche Kräfte setzten sich mit aller Energie für das Wohl Israels ein. Manchmal mit großer Wortgewalt, wie der Zentralrat der Juden. Oft aber auch ‚heimlich still und leise‘ hinter den Kulissen. (...) Das Buch beschäftigt sich mit diesem unheilvollen Netzwerk.“¹²⁵

¹²² Sayyid Qutb zitiert nach Tibi (2003).

¹²³ Terrorwarnung! Internetauftritt des DKs, Aufruf am 10. Juli 2002.

¹²⁴ Berlin-Brief Nr. 13/2002. Internetauftritt des Berlin-Briefs, Aufruf vom 31. Oktober 2006.

¹²⁵ Deutsche Stimme Nr. 2/2004, S. 19.

Für dieses Werk wirbt auch Freys „National-Zeitung“, ebenso wie für „Wer ist wer im Judentum? Das Lexikon der jüdischen Prominenz. Ihre Herkunft. Ihr Leben. Ihr Einfluß“.¹²⁶

¹²⁶ Vgl. National-Zeitung vom 6. Februar 2004, S. 14 - 16.

6 AUF DEM WEGE ZU EINER ANTISEMITISCHEN QUERFRONT?

6.1 Querfront-Propaganda

Nach Beginn der „zweiten Intifada“ und dem Anstieg antisemitischer Straftaten in Europa beschäftigte die Öffentlichkeit die Frage, ob die Gefahr einer antisemitischen Allianz zwischen Rechts- und Ausländerextremisten bestehe.¹²⁷ Anlass waren Äußerungen von Rechtsextremisten über eine mögliche antisemitische Allianz mit Islamisten. Insbesondere rechtsextremistische Revisio-nisten versuchen, den Nahost-Konflikt für ihre Zwecke zu nutzen, und interpretieren die Geschichte Palästinas als Abbild der deutschen Geschichte. Der Nahost-Konflikt sei nichts anderes als das, was Deutschland im Zweiten Weltkrieg erlebt hätte, nämlich die Aggression einer jüdisch-amerikanischen Weltmacht. In dieser Argumentation kommt der Holocaust-Leugnung eine wichtige Rolle zu. Der Holocaust sei nichts anderes als die immer noch andauernde Aggression der jüdisch kontrollierten USA gegen Deutschland.¹²⁸

Die Anschläge des 11. September 2001 führten zu einer weiteren Welle antisemitisch und anti-amerikanisch motivierter Solidaritätsbekundungen mit den Terroristen. In der rechtsextremistischen Szene wurden die Anschläge als Schlag gegen die US-amerikanische Hegemonie und als Anfang vom „Ende des Amerikanischen Jahrhunderts, das Ende des globalen Kapitalismus und damit das Ende des ‚weltlichen Jahwe-Kultes‘“¹²⁹ (Fehler im Original) gefeiert. Die Anschläge wurden von Rechtsextremisten als „Befreiungskrieg“¹³⁰ gerechtfertigt. Auf rechtsextremistischen Web-Seiten wurden Verweise zu islamistischen Web-Seiten eingestellt.

Große öffentliche Aufmerksamkeit erregte der Auftritt des NPD-Vorsitzenden Udo Voigt und Horst Mahlers auf einer Veranstaltung von HuT am 27. Oktober 2002 in Berlin. In einem Wortbeitrag befürwortete Voigt die Errichtung eines Kalifenstaates und zog Parallelen zwischen der deutschen, japanischen, irakischen und palästinensischen Geschichte. Alle Länder seien Opfer des US-Imperialismus.¹³¹ Im Parteiorgan „Deutsche Stimme“ berichtete Voigt anschließend von einer gemeinsamen „Kritik des amerikanischen Imperialismus“.¹³² Shaker Assem, Repräsentant der HuT, gab daraufhin in der NPD-Zeitung „Deutsche Stimme“ ein Interview, in dem er einen eliminatorischen Antizionismus vertrat.¹³³

Ähnliche Öffentlichkeit wurde dem 1928 in der Schweiz geborenen Ahmed Huber zuteil. Der Ende der 60er Jahre zum Islam konvertierte ehemalige Journalist engagierte sich sowohl in islamistischen als auch rechtsextremistischen Personenzusammenschlüssen. Auf Vortragsreisen für die NPD leugnete Huber den Holocaust. Er äußerte sich über die Ziele einer antisemitischen Allianz:

¹²⁷ Vgl. u. a. Jeannette Goddar: Gemeinsamer Feind USA und Deutschland. In: Das Parlament Nr. 45/2001; Anton Maegerle/Heribert Schiedel: Krude Allianz. Das arabisch-islamistische Bündnis mit deutschen und österreichischen Rechtsextremisten. Internetauftritt des „Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes“ (DÖW), Aufruf am 31. Oktober 2006 (www.doew.at/thema/rechts/allianz.html).

¹²⁸ Manifest. Von Bürgern des Deutschen Reiches verabschiedet in Verden an der Aller am 5. Februar 2003. Internetauftritt des DKs, Aufruf am 9. März 2004.

¹²⁹ Horst Mahler: Independence Day – Live (12. September 2001). Internetauftritt des DKs, Aufruf am 9. März 2004.

¹³⁰ Ebenda.

¹³¹ Vgl. Senatsverwaltung für Inneres (2004b), S. 211 f.

¹³² Udo Voigt: Einig in der Kritik des amerikanischen Imperialismus. In: Deutsche Stimme Nr. 12/2002.

¹³³ Vgl. Deutsche Stimme Nr. 3/2003.

„Ich bin sehr froh, dass das rechtsextreme Spektrum in Europa mehr und mehr begreift, dass der Holocaust reine Lüge war und sich die europäischen Neonazis den islamischen Organisationen anschließen sollten, um Israel, die Juden und Amerika zu bekämpfen.“¹³⁴

6.2 Hindernisse

Angesichts der rechtsextremistischen Propaganda stellt sich die Frage, wie groß das Risiko einer solchen antisemitischen „Querfront“ wirklich ist. Die Analyse des Antisemitismus im extremistischen Spektrum und der rechtsextremistischen Querfront-Propaganda legen den Schluss nahe, dass dieses Risiko eher gering ist. Obwohl sich hinsichtlich der Inhalte und Funktionen des Antisemitismus Schnittmengen zwischen Rechtsextremisten und insbesondere Islamisten ergeben, impliziert dies nicht automatisch günstige Voraussetzungen für eine Allianz. Gegen diese Allianz sprechen vor allem die ideologischen Gegensätze und der unbedingte Absolutheitsanspruch sowohl des Rechtsextremismus als auch des Islamismus.

Für den Rechtsextremismus stellt sich das Problem, im Fall einer antisemitischen Allianz mit Islamisten zwischen zwei zentralen Feindbildern – nämlich Ausländer oder Jude – wählen zu müssen. Grundsätzlich stehen Rechtsextremisten Ausländern feindlich gegenüber und sehen in ihnen eine Bedrohung des Volkes und der Kultur. Fremdenfeindlichkeit ist neben dem Antisemitismus der zweite gemeinsame Nenner aller rechtsextremistischen Ideologieströmungen und war in den 90er Jahren das dominierende Agitationsfeld der Rechtsextremisten. Diese Agitation wurde mit Schlagworten wie „Asylmißbrauch“, „Das Boot ist voll“ und „Ausländerkriminalität“ verbunden. In der aktuellen Debatte über die Bedrohung durch den islamistisch geprägten internationalen Terrorismus reagierte der Rechtsextremismus dem entsprechend uneinheitlich. Hier wurde ein Zwiespalt zwischen antisemitischer, pro-palästinensischer und fremdenfeindlicher Propaganda deutlich. Beispiel dafür ist die „National-Zeitung“. In Artikeln über den 11. September wechseln sich antisemitische und antiamerikanische Parolen mit fremdenfeindlichen Aussagen ab: Zwar seien die Amerikaner und Juden selber schuld an den Anschlägen und die Muslime seien Verbündete im Kampf gegen die israelisch-amerikanische Hegemonie, gleichzeitig seien die in Deutschland lebenden Ausländer aber eine Bedrohung, vor der gerade die DVU immer wieder gewarnt habe:

„Wer schon massenhaft Muslime ins Land gelassen hat, noch jede Menge weitere hereinlassen will und gleichzeitig Krieg und Konflikt mit der muslimischen Welt nicht etwa ausweicht, sondern in immer stärkerem Maße darauf hinsteuert, riskiert die ‚Front‘ im eigenen Staate.“^{d35}

Unter dem unzweideutigen Titel „Frisst uns der Islam?“ beschwört Bernhard Barkholdt in der „National-Zeitung“ die Bedrohung Deutschlands durch Fremde:

„Jetzt auf einmal, nach den Mega-Anschlägen in den USA und nach Bekanntwerden der Tatsache, dass Deutschland im Zeichen der multikulturellen Gesellschaft zum Nest orientalischer Terroristen werden konnte

¹³⁴ Fredy Rom: Swiss Holocaust Denier Working For Muslim Jihad As Well, He Tells JTA (13. Juli 2003). In: Internetauftritt des „Global News Service of Jewish People“ (JTA), Aufruf am 9. März 2004 (www.jta.org/page_print_story.asp?intarticleid=12989&intcategoryid=2).

¹³⁵ Terroranschläge in Deutschland? Gefährliche Feindschaft mit den Moslems. In: National-Zeitung vom 21. Dezember 2001.

*(...), jetzt plötzlich also schreiben Etablierte auf und kündigen ‚hartes Durchgreifen gegen ausländische Kriminelle und Fanatiker‘ an.*¹³⁶

Zum Problem der Abwägung zwischen zwei Feindbildern kommt verschärfend hinzu, dass einem gewichtigen Teil des Rechtsextremismus strategische Überlegungen zu möglichen politischen Allianzen fern liegen. Für diesen eher am lebensweltlichen Raum orientierten Rechtsextremismus sind Ausländer eher potenzielle Opfer als potenzielle strategische Partner in einer antisemitischen Allianz.

Die These eines geringen Risikos für eine Querfront-Allianz wird bestärkt durch eine genauere Analyse rechtsextremistischer Propaganda. Bei den in Kap. 6.1 genannten Zitaten handelt es sich um Solidaritätserklärungen, die sich in den extremistischen Spektren zu unterschiedlichen Anlässen häufig finden, ohne konkrete Handlungen nach sich zu ziehen. Konkrete Aufrufe zur Zusammenarbeit zwischen Rechtsextremisten und Islamisten finden sich denn auch nur sehr selten. Zu den wenigen Befürwortern gehören Horst Mahler sowie einige Aktivisten aus dem Kameradschaftsnetzwerk. Mahler forderte zu einer „gemeinsamen Front der Deutschen und Palästinenser“ auf.¹³⁷ Eine eher kulturpessimistische, anti-westlich motivierte Sichtweise findet sich in der Zeitschrift N & E. Der Islam wird hier in Gegensatz zu einer westlichen „vermorschten spät-westlichen Fellachenzivilisation“ gesetzt, die jegliche Antriebskraft verloren hätte. Karl Richter plädiert für die Schaffung eines „abendländischen Islams“ als Gegenbewegung zum westlich-amerikanischen System.¹³⁸ Sowohl Mahlers als auch Richters Position sind im rechtsextremistischen Spektrum nicht mehrheitsfähig.

Einer langfristigen strategischen Kooperation steht außerdem entgegen, dass das von Rechtsextremisten vertretene völkisch-rassistische Prinzip dem Gedanken der multiethnischen Gemeinschaft aller Gläubigen (umma) widerspricht. Ziel des Islamismus ist gerade die Überwindung staatlicher und ethnischer Grenzen und die Errichtung einer universellen muslimischen Gesellschaft. Da der „Westen“ von islamistischen Bewegungen als dekadent, unmoralisch und rein auf das Materialistische fixiert betrachtet wird, fordern diese in weiten Teilen einen „Rückzug“ aus der ungläubigen Welt.

Dem entsprechend verwundert es nicht, dass bislang keine Anzeichen für eine strukturelle oder längerfristig ausgelegte Zusammenarbeit zwischen Rechtsextremisten und Islamisten vorliegen. Die wenigen Ausnahmen einer Kooperation beschränkten sich auf kurzfristige Aktionen von Revisionisten wie eine für März 2001 geplante Konferenz in Beirut mit dem Titel „Revisionismus und Zionismus“. Für die Veranstaltung waren u. a. Mahler und der französische Holocaust-Leugner Robert Faurisson als Redner vorgesehen. Nach weltweiten Protesten verbot die libanesische Regierung die Konferenz. Eine weitere Holocaustkonferenz ist für den Dezember 2006 im Iran geplant.

¹³⁶ Bernhard Barkholdt: Frisst uns der Islam?. In: National-Zeitung vom 28. September 2001, S. 2.

¹³⁷ Vgl. Horst Mahler in einem Beitrag des Fernsehmagazins „Kennzeichen D“ am 6. Dezember 2000.

¹³⁸ Karl Richter: Nach dem Bankrott westlicher Werte: Ein europäischer Islam? In: Nation & Europa Nr. 9/2003.

7 GEGENMAßNAHMEN

Antisemitismus und eliminatorischer Antizionismus sind keine Phänomene, die sich auf jenes Spektrum beschränken, das der Verfassungsschutz als extremistisch bezeichnet. Die Umfragenforschung weist regelmäßig bei einem erheblichen Teil der deutschen Bevölkerung antisemitische Stereotype nach.¹³⁹ Laut einer Studie aus dem Jahr 2006 finden sich antisemitische Einstellungen bei 8,4 Prozent der Bevölkerung.¹⁴⁰ Für Berlin lag der Wert für diese Einstellungsdimension nach einer anderen Untersuchung 2005 bei 13 Prozent.¹⁴¹

Antisemitismus ist für eine offene, demokratisch verfasste Gesellschaft nicht hinnehmbar und es bedarf langfristiger aufklärerischer und pädagogischer Maßnahmen um ihm zu begegnen. Der Senat von Berlin hat daher im September 2000 ein „10-Punkte-Programm gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“¹⁴² als Leitfaden formuliert. Die Arbeit gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus wird ressortübergreifend umgesetzt und von der Landeskommission Berlin gegen Gewalt koordiniert. Ziel ist die Vernetzung aller Einzelmaßnahmen von Einrichtungen des Landes Berlin und ihre Abstimmung mit den Programmen freier Träger.¹⁴³ Antisemitismus wird dabei bisher hauptsächlich im Zusammenhang mit dem Rechtsextremismus analysiert und Gegenmaßnahmen werden dementsprechend konzipiert. Präventive Ansätze ergeben sich insbesondere bei der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen im schulischen sowie außerschulischen Bereich, z. B. durch gezielte Bildungsangebote an Lehrer und Multiplikatoren, Straßensozialarbeit mit auffälligen Jugendlichen, interkulturelle Sport- und Kulturangebote, die Stärkung der Verantwortung der Familien oder in gewaltpräventiven Trainingsprogrammen. Sowohl der Verfassungsschutz als auch die Polizei bieten hier Beiträge insbesondere zur Weiterbildung von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren an.

Die Sicherheitsbehörden agieren vor allem im Falle von fremdenfeindlichen oder antisemitischen Bestrebungen mit strafrechtlicher Relevanz: Schwerpunkt sind dementsprechend repressive Maßnahmen.

Grundlage für die Analyse und das Bekämpfen des Antisemitismus sind dabei zuverlässige Datengrundlagen. In der „Berlin-Deklaration“ der OSZE vom 29. April 2004 wird die Bedeutung dieser Datengrundlage betont.¹⁴⁴ Das in Deutschland seit Anfang 2001 angewandte polizeiliche Meldesystem für politisch motivierte Kriminalität KPMD-PMK („Kriminalpolizeilicher Meldedienst – Politisch motivierte Kriminalität“) wird in der Evaluation des EUMC ausdrücklich gelobt.¹⁴⁵ Im

¹³⁹ Eine Übersicht über die verschiedenen Studien zu antisemitischen Einstellungen findet sich in: European Monitoring Centre on Racism and Xenophobia (Hg.): Manifestations of Antisemitism in the EU 2002 - 2003. Part on Germany, S. 13 ff (<http://eumc.eu.int/eumc/as/PDF04/AS-Country-DE-PDF04.pdf>).

¹⁴⁰ Vgl. Oliver Decker/Elmar Brähler (2006): Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland. Studie im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin, S. 43.

¹⁴¹ Vgl. Oscar Niedermayer/Richard Stöss (2005): Rechtsextremem Einstellungen in Berlin und Brandenburg. Handout zur Pressekonferenz, Berlin, S. 6.

¹⁴² Der Regierende Bürgermeister von Berlin: Senatsbeschluss Nr. 537/00 vom 12. September 2000.

¹⁴³ Detaillierte Informationen zur Arbeit der Landeskommission finden sich im Internet unter www.berlin-gegen-gewalt.de.

¹⁴⁴ Vgl. Kap. 1.

¹⁴⁵ Vgl. European Monitoring Centre on Racism and Xenophobia (Hg.): Manifestations of Antisemitism in the EU 2002 - 2003: „The new register (...) offers the chance to clearly assign crimes by right-wing perpetrators, which

Vergleich zu anderen Staaten in der EU verfügt Deutschland damit über ein überdurchschnittlich zuverlässiges und differenziertes System zur Erfassung antisemitischer Straftaten.¹⁴⁶

Besondere Bedeutung hatten in der Vergangenheit die Verbote der rechtsextremistischen KTB und BASO sowie die Maßnahmen der Strafverfolgungsbehörden gegen das rechtsextremistische Musiknetzwerk. Liedtexte gehören zu den wichtigsten Trägern rassistischer und antisemitischer Inhalte. Durch das konsequente Vorgehen der Sicherheitsbehörden in Berlin konnte die Szene stark verunsichert und die Attraktivität des rechtsextremistischen Musiknetzwerkes für Außenstehende gemindert werden. Ein besonderer Erfolg der Zusammenarbeit zwischen Verfassungsschutz und Polizei in Berlin ist die weitgehende Verhinderung rechtsextremistischer Konzerte.

Weitere Maßnahmen wurden gegen die Produktion und den Vertrieb rechtsextremistischer Tonträger eingeleitet. Von besonderer Bedeutung war das Verfahren gegen die Band „Landser“. Es hatte Präzedenzcharakter, da erstmals Mitglieder einer rechtsextremistischen Musikgruppe wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung nach § 129 StGB verurteilt wurden. Bei der Urteilsbegründung wurde angeführt, dass die Band zu Hass und Gewalt gegen in Deutschland lebende Ausländer, Juden und anders Denkende sowie staatliche Vertreter und Institutionen aufgerufen habe. Mit ihren menschenverachtenden und antisemitischen Texten habe „Landser“ auf die Jugendszene einwirken wollen. Die Band habe das gedeihliche Zusammenleben der Gesellschaft massiv gestört, die Musik als Waffe genutzt und sich selbst als „Terroristen mit E-Gitarre“ bezeichnet. Sie habe konspirativ gearbeitet und bei der Produktion und dem Vertrieb ihrer CDs ein weitreichendes Netzwerk genutzt. „Landser“ sei nicht frei von der Verantwortung für Gewalttaten, bei denen vor oder während der Tat „Landser“-Musik gehört würde.

Gegen die rechtsextremistische Band D.S.T. wurde ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. Anlass ist die Produktion der CD „Ave et Victoria“, deren Texte die Straftatbestände des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen (§ 86a StGB) und der Volksverhetzung (§ 130 StGB) erfüllen. In den Liedern wird in besonders perfider und aggressiver Weise gegen Fremde und Juden gehetzt und der Nationalsozialismus glorifiziert. Ein Großteil der hergestellten CDs konnte von der Polizei sichergestellt werden. Die von der Band X.x.X. (ehemals D.S.T.) veröffentlichte CD „Die Antwort auf's System“ wurde wegen der Verherrlichung des Nationalsozialismus sowie der antisemitischen Hetze von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM) indiziert.¹⁴⁷

Exekutivmaßnahmen gab es auch gegen die Band WAR wegen der CD „Noten des Hasses“. So wurde der Texter und Sänger von WAR 2001 zu einer Freiheitsstrafe von 22 Monaten verurteilt. Zudem gab es passbeschränkende Maßnahmen¹⁴⁸ gegen die Band „Spreegeschwader“, um deren Teilnahme an Konzerten im Ausland zu verhindern.

Aufgrund seiner Holocaust-leugnenden Äußerungen wurde vor dem Landgericht Berlin ein Prozess wegen Volksverhetzung (§ 130 StGB) gegen die drei führenden Betreiber des DKs eröffnet. Gegen zwei Mitglieder wurden im Jahr 2004 Geldstrafen, gegen Horst Mahler wurde in einem abgetrennten

were previously insufficiently reflected in the statistics.”, S. 256 f
(<http://eumc.eu.int/eumc/as/PDF04/AS-Country-DE-PDF04.pdf>).

¹⁴⁶ Vgl. Kap. 8.

¹⁴⁷ Vgl. BAnz. Nr. 140 vom 28. Juli 2006.

¹⁴⁸ Gemäß § 7 Abs. 1 und 2 Passgesetz (PaßG) sowie § 2 Abs. 2 des Gesetzes über Personalausweise (PersAuswG).

Verfahren eine neunmonatige Haftstrafe verhängt. Eine von Angehörigen des DKs geplante Reise zur KZ-Gedenkstätte nach Auschwitz (Polen) konnte verhindert werden.

Im Bereich des Ausländerextremismus wurde auf der Grundlage des geänderten Vereinsgesetzes bereits im Jahr 2001 die Organisation ICCB verboten. 2003 hat der Bundesminister des Innern zudem der HuT die politische Betätigung in Deutschland verboten. Begründet wurde die Entscheidung damit, dass sich die Tätigkeit der Organisation gegen den Gedanken der Völkerverständigung richte und sie Gewaltanwendung als Mittel zur Durchsetzung politischer Belange befürworte.

Die Versammlungsbehörde erteilte 2003 Auflagen für die alljährliche „Al-Quds-Demonstration“ in Berlin am 22. November. Die Verherrlichung von Gewalt, insbesondere von Selbstmordattentaten, sowie das Beleidigen von Personen und Personenmehrheiten und zwar in Wort, Bild oder Schrift wurden untersagt: die Demonstration, an der etwa 600 bis 1 000 Personen teilnahmen, wurde in der Folge als Schweigemarsch durchgeführt. In den folgenden Jahren verlief die Demonstration ohne besondere Vorkommnisse.

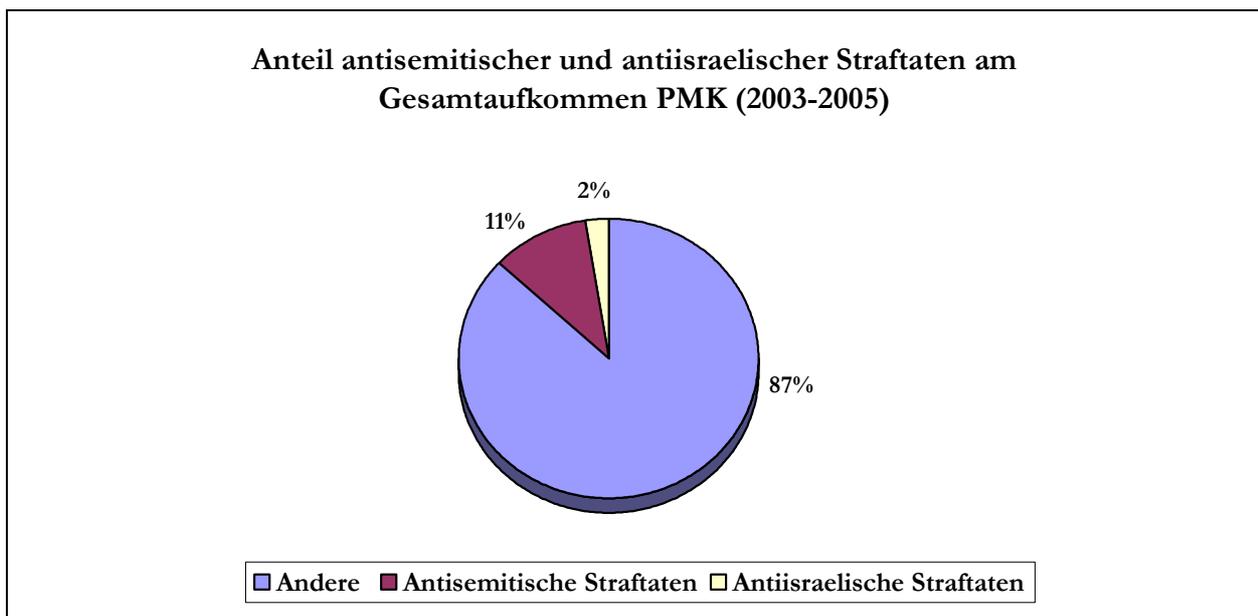
8 ANNEX: ANTISEMITISCHE STRAFTATEN IN BERLIN 2003 - 2005

Die Erhebung über politisch motivierte Kriminalität obliegt dem Kriminalpolizeilichen Meldedienst der Polizei (KPMD-PMK). Die folgende Darstellung bezieht sich auf die statistische Auswertung der Polizei.

8.1 Politisch motivierte Kriminalität im Überblick

Für die Jahre 2003 bis 2005 wurden insgesamt 7 307 Fälle politisch motivierter Kriminalität in Berlin gezählt. Davon waren 779 Gewaltdelikte (10,7 Prozent), 20 Fälle stammen aus dem Bereich des Terrorismus (0,3 Prozent). Von den 7 307 Straftaten wurden 3 471 dem Phänomenbereich Rechts (47,5 Prozent), 1 912 dem Phänomenbereich Links (26,2 Prozent) und 357 dem Phänomenbereich Ausländer zugerechnet (4,9 Prozent). 1 617 Delikte (22,1 Prozent) konnten keinem Phänomenbereich zugeordnet werden.

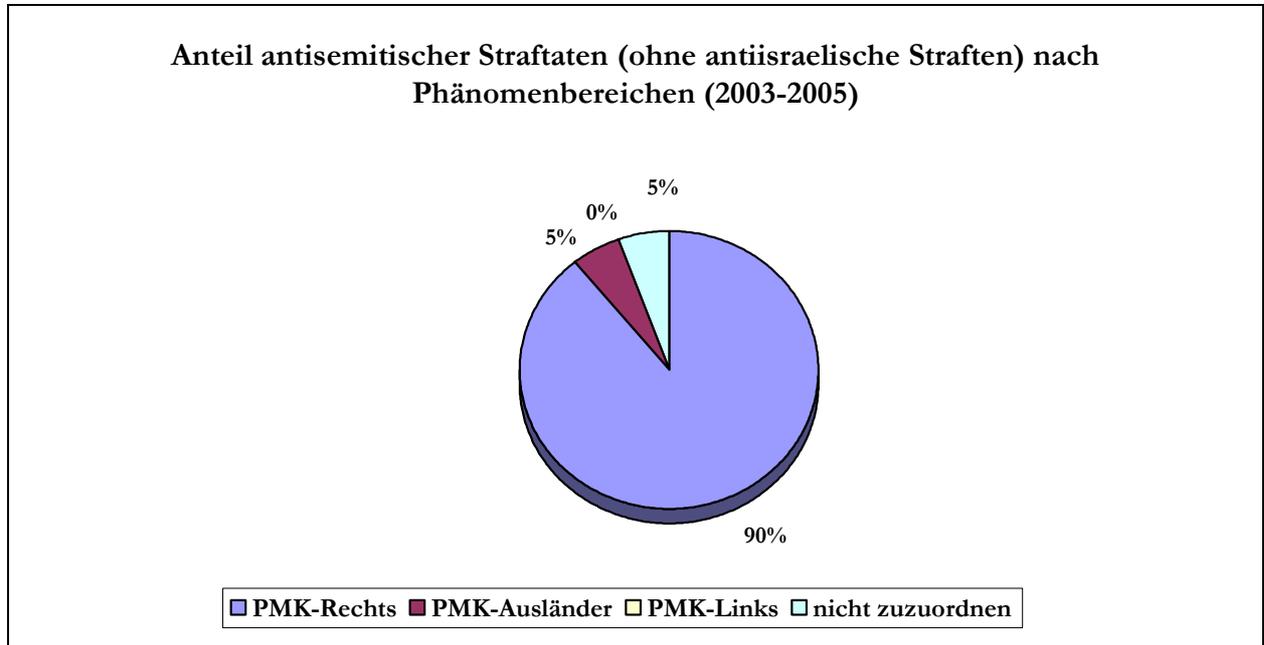
Insgesamt wurden 773 Straftaten als antisemitisch bewertet. Dies entspricht einem Anteil am Gesamtaufkommen der politisch motivierten Kriminalität von 10,6 Prozent. Weitere 181 Fälle oder 2,5 Prozent wurden als antiisraelisch eingestuft.



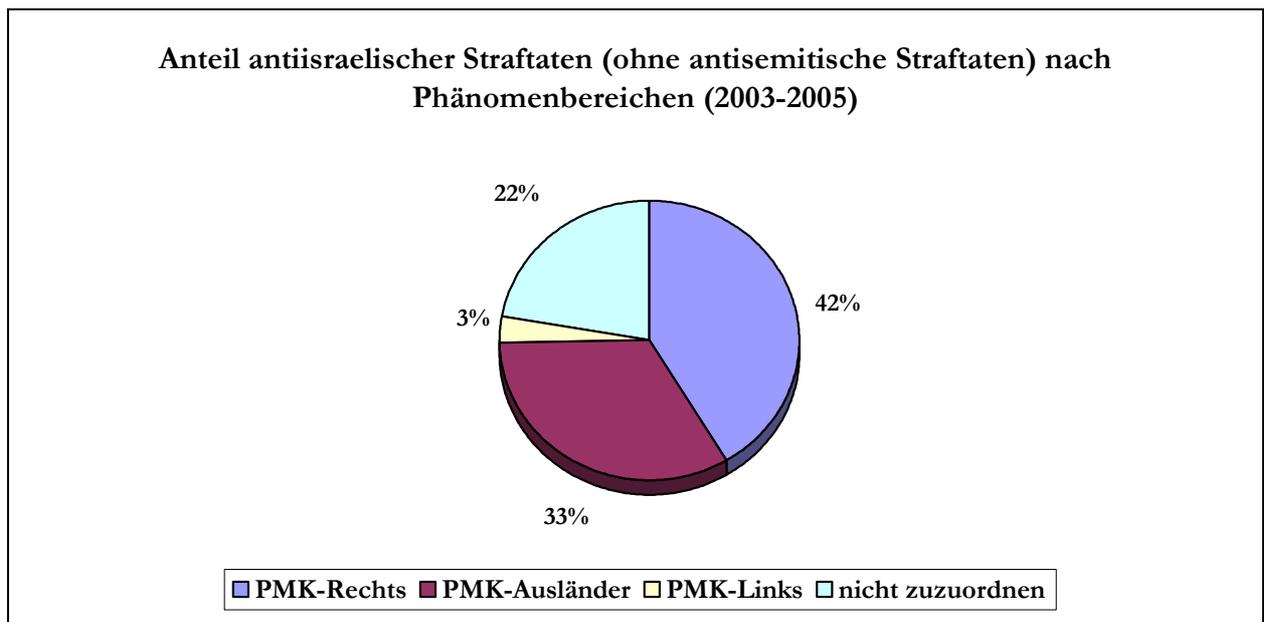
Im Vergleich der Jahre 2003 bis 2005 ist eine deutliche Zunahme sowohl der Straftaten insgesamt (2003: 2 157; 2004: 2 243; 2005: 2 907) als auch der antisemitischen Straftaten festzustellen. Im gleichen Zeitraum entwickelten sich die antiisraelischen Taten rückläufig. Waren 2003 noch 185 antisemitische (72 antiisraelische) Straftaten zu verzeichnen, erhöhte sich die Fallzahl über 2004 auf 261 antisemitische (67 antiisraelische) Straftaten und 2005 auf 327 antisemitische (42 antiisraelische) Straftaten. Ein Grund für den starken Anstieg im Jahr 2005 ist eine Serie von antisemitischen Schmierereien in Form von Davidsternen im gesamten Stadtgebiet.

Antisemitische Straftaten sind nach wie vor hauptsächlich in dem Phänomenbereich PMK-rechts vorzufinden. Von den 773 antisemitischen Straftaten in den Jahren 2003 bis 2005 wurden 690 dem

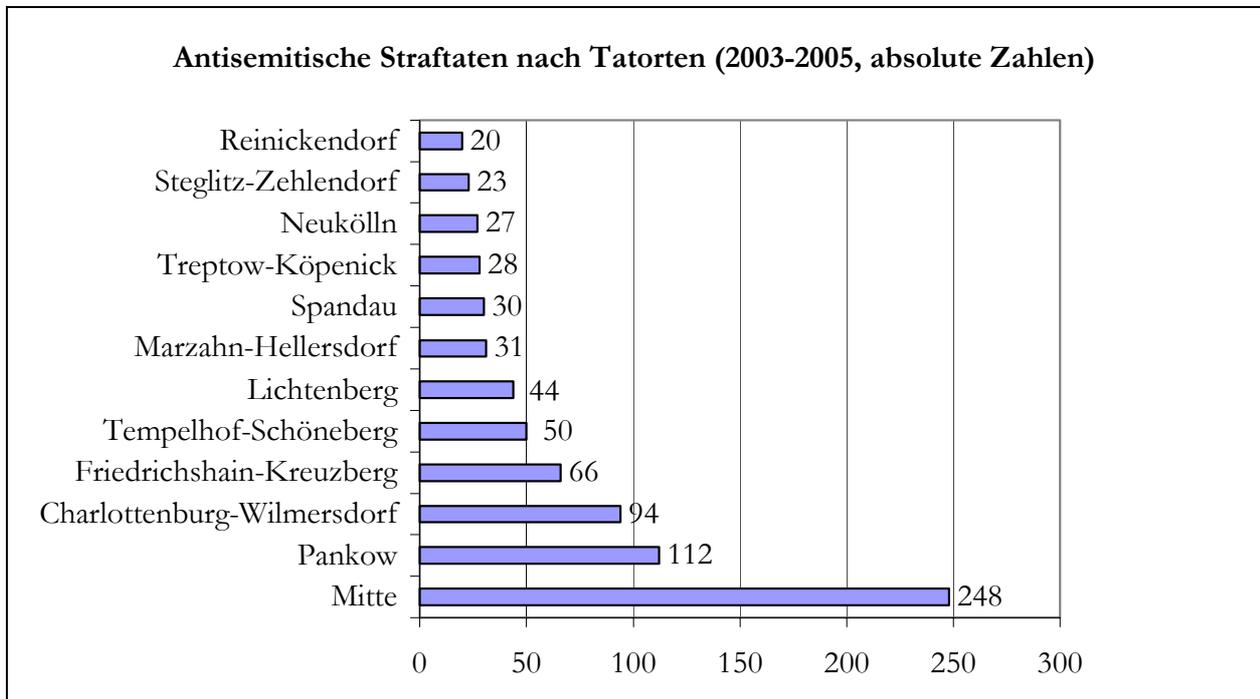
Phänomenbereich PMK-rechts (89,3 Prozent), 40 dem Phänomenbereich PMK-Ausländer (5,2 Prozent), und 1 dem Phänomenbereich PMK-links zugerechnet. 42 Delikte konnten nicht zugeordnet werden.



Von den 181 als antiisraelisch (und gleichzeitig nicht antisemitisch) eingestuft Delikten in den Jahren 2003 bis 2005 wurden 75 dem Bereich PMK-rechts (41,4 Prozent), 60 dem Phänomenbereich PMK-Ausländer (33,1 Prozent), und 6 dem Bereich PMK-links zugeordnet (3,3 Prozent). 40 Delikte konnten nicht zugeordnet werden.



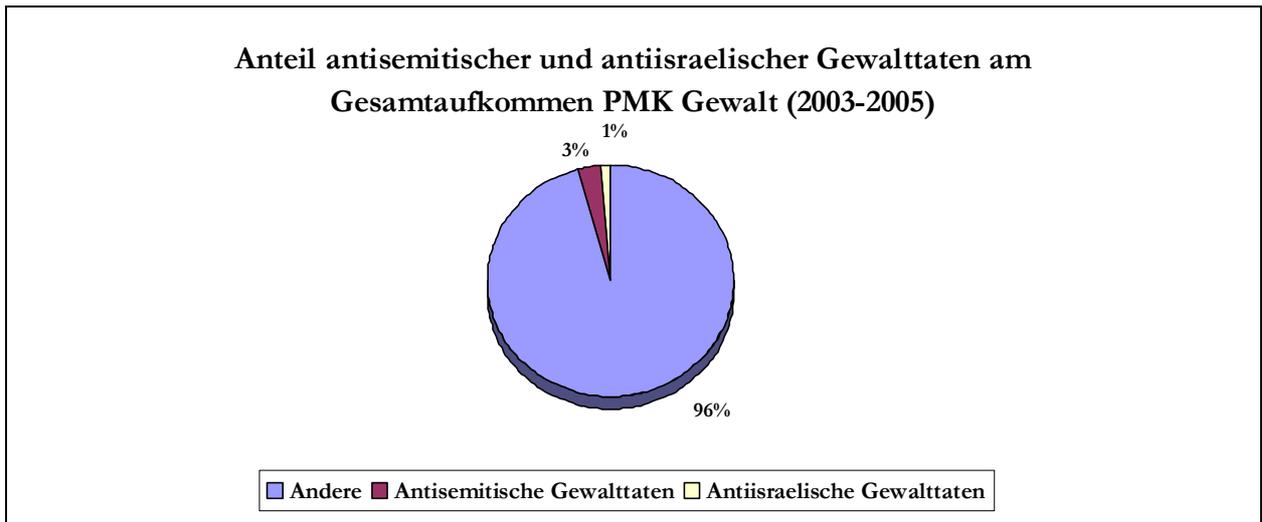
Der geographische Schwerpunkt antisemitischer Straftaten liegt in den Bezirken Mitte (248 Taten), Pankow (112 Taten) und Charlottenburg-Wilmersdorf (94 Taten).



Mögliche Ursache für die Häufung in diesen Bezirken ist der Standort der Geschäftsstelle des Zentralrats der Juden in Deutschland (Mitte), des Gemeindehauses der jüdischen Gemeinde in Berlin (Charlottenburg) sowie die israelische Botschaft (Charlottenburg). Den Hass- und Drohbrieffen, die bei den genannten Einrichtungen eingehen, wird unabhängig vom Absendeort der Tatort der jeweiligen Berliner Bezirke zugerechnet.

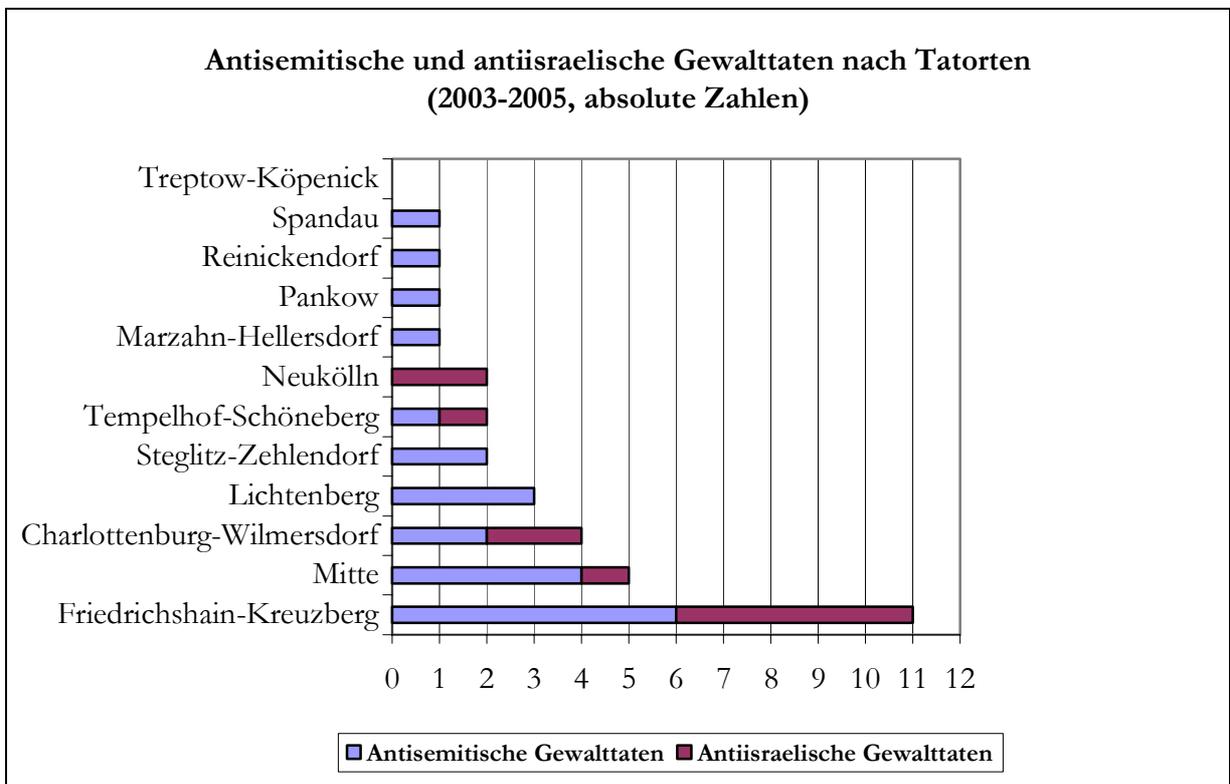
8.2 Antisemitische und antiisraelische Gewaltkriminalität

Die antisemitischen und antiisraelischen Gewalttaten haben mit 33 Fällen (4,2 Prozent) nur einen kleinen Anteil an den insgesamt 779 Gewalttaten. Dies entspricht 22 antisemitisch (2,8 Prozent) und 11 antiisraelisch (1,4 Prozent) motivierten Gewalttaten für die Jahre 2003 bis 2005. Von den 20 Delikten mit terroristischem Hintergrund im gleichen Zeitraum war keines antisemitisch oder antiisraelisch motiviert.



Von den 22 antisemitischen Gewaltdelikten entstammen 15 dem Phänomenbereich PMK-rechts, 4 dem Phänomenbereich PMK-Ausländer, keine dem Phänomenbereich PMK-links. 3 Gewalttaten waren nicht zuzuordnen. Deutlich anders verteilen sich die antiisraelischen Gewaltdelikte. Von den 11 antiisraelischen Gewalttaten wurden 8 im Phänomenbereich PMK-Ausländer, 1 im Phänomenbereich PMK-links und keines im Phänomenbereich PMK-rechts verübt. 2 Delikte konnten keinem Bereich zugeordnet werden.

Die Analyse der geographischen Verteilung der Gewaltdelikte ist aufgrund der geringen Fallzahl nur von geringer Aussagekraft. Der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg ist mit 11 Gewalttatorten am häufigsten vertreten, der Bezirk Mitte folgt mit 5 und Charlottenburg-Wilmersdorf mit 4 Tatorten.



9 LITERATURVERZEICHNIS

Bergmann, Werner / Erb, Rainer (1996): Rechtsextremismus und Antisemitismus.

In: Falter, Jürgen / Jaschke, Hans-Gerd / Winkler, Jürgen (Hg.): Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung. (Politische Vierteljahresschrift Sonderheft Nr. 27/1996), S. 330 - 343.

Bergmann, Werner / Wetzel, Juliane (2003): Manifestations Of Anti-Semitism in the European Union. Synthesis Report On Behalf Of the EUMC. Wien.

Bundesamt für Verfassungsschutz (2004): Massiver ideologischer Streit zum Nahost-Konflikt unter Linksextremisten. In: Bundesministerium des Innern (Hg.): Extremismus in Deutschland. Berlin, S. 197 - 210.

Decker, Oliver / Brähler, Elmar (2006): Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland. Studie im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung. Berlin.

European Monitoring Centre on Racism and Xenophobia (Hg.): Manifestations of Anti-semitism in the EU 2002 - 2003. Part on Germany, S. 13 ff
(<http://eumc.eu.int/eumc/as/PDF04/AS-Country-DE-PDF04.pdf>).

Fein, Helen (1987): Dimensions of Antisemitism: Attitudes, Collective Accusations and Actions. In: Dies. (Hg.): The Persisting Question. Sociological Perspectives and Social Contexts of Modern Antisemitism. New York.

Ginzel, Günther (1991): Antisemitismus von Rechts. Zur Funktion des Antisemitismus in der rechtsextremen Literatur. In: Ders. (Hg.): Antisemitismus. Erscheinungsformen der Judenfeindschaft gestern und heute. Bielefeld, S. 269 - 284.

Goddar, Jeannette: Gemeinsamer Feind USA und Deutschland. In: Das Parlament Nr. 45/2001.

Haupt, Heinz-Gerhard / Kocka, Jürgen (1996): Historischer Vergleich.

In: Dies. (Hg.): Geschichte und Vergleich. Frankfurt a. M. / New York, S. 9 - 45.

Kaeble, Helmut (1999): Der historische Vergleich. Frankfurt a. M.

Kloke, Martin (2004): Antizionismus und Antisemitismus als Weltanschauung? Tendenzen im deutschen Linksradikalismus und -extremismus. In: Bundesministerium des Innern (Hg.): Extremismus in Deutschland. Berlin, S. 163 - 196.

Klug, Brian (2003): The Collective Jew: Israel and the New Antisemitism. In: Patterns of Prejudice 37,2, S. 5.

Lipstadt, Deborah (1993): Denying the Holocaust. The Growing Assault on Truth and Memory. New York / Toronto.

Mertens, Lothar (1995): Antizionismus: Feindschaft gegen Israel als neue Form des Antisemitismus. In: Benz, Wolfgang (Hg.): Antisemitismus in Deutschland. Zur Aktualität eines Vorurteils. München, S. 89 - 100.

Niedermayer, Oscar / Stöss, Richard (2005): Rechtsextremem Einstellungen in Berlin und Brandenburg. Handout zur Pressekonferenz. Berlin.

OSZE: Berliner Erklärung vom 29. April 2004
(www.osce.org/documents/cio/2004/04/2828_en.pdf).

Pfahl-Traughber, Armin (2000): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. 2. Aufl. München.

Pfahl-Traughber, Armin (2002): Antisemitismus in der deutschen Geschichte. Berlin.

Senatsverwaltung für Inneres (2004a): Rechtsextremistische Skinheads.
Berlin (Studienreihe Im Fokus).

Senatsverwaltung für Inneres (2004b): Verfassungsschutzbericht 2003. Berlin.

Senatsverwaltung für Inneres (2005): Verfassungsschutzbericht 2004. Berlin.

Senatsverwaltung für Inneres (2006): Verfassungsschutzbericht 2005. Berlin.

Tibi, Bassam (2003): Der importierte Hass. In: Die Zeit Nr. 7/2003.

Virchow, Fabian (1996): „Revisionismus“ und Antisemitismus am Beispiel der Frey-Presse.
In: Bailer-Galanda, Brigitte / Benz, Wolfgang / Neugebauer, Wolfgang (Hg.): Die Auschwitz-Leugner. „Revisionistische“ Geschichtslüge und historische Wahrheit. Berlin, S. 206 - 224.

Wetzel, Juliane (1995): Antisemitismus als Element rechtsextremer Ideologie und Propaganda.
In: Wolfgang Benz (Hg.): Antisemitismus in Deutschland. Zur Aktualität eines Vorurteils. München. S. 101 - 120.

Weitere Publikationen des Verfassungsschutzes Berlin

AKTUELLER VERFASSUNGSSCHUTZBERICHT



Verfassungsschutzbericht 2005

1. Auflage Berlin 2006. 389 Seiten.

REIHE IM FOKUS



Rechtsextremistische Skinheads

1. Auflage Berlin 2003 (im Internet abrufbar). 86 Seiten.



Islamismus. Diskussion eines vielschichtigen Phänomens

1. Auflage Berlin 2005. 116 Seiten.



Rechte Gewalt in Berlin

2. Auflage Berlin 2006. 64 Seiten.

REIHE INFO



Symbole und Kennzeichen des Rechtsextremismus

4. überarbeitete Auflage Berlin 2006. 32 Seiten.



Islamismus

2. überarbeitete Auflage Berlin 2006. 42 Seiten.

Diese sowie weitere Publikationen des Berliner Verfassungsschutzes können Sie unter der rückseitig angegebenen Adresse sowie telefonisch unter ☎ (030) 90 129-853 bestellen oder aber im Internet abrufen unter www.verfassungsschutz-berlin.de.

Der Verfassungsschutz Berlin bietet zudem Vorträge zum Extremismus und Spionage an. Nähere Informationen erhalten Sie hierzu unter ☎ (030) 90 129-874.

**Senatsverwaltung für Inneres und Sport
Abteilung Verfassungsschutz
Postfach 62 05 60 10795 Berlin
Tel.: (030) 90 129-0**

**Internet: <http://www.verfassungsschutz-berlin.de>
E-Mail: info@verfassungsschutz-berlin.de**